

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verhandlung: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 10

Berlin, den 8. März 1930

5. Jahrgang

Die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Von Woche zu Woche kommen Tausende hinzu, Männer und Frauen. Aber je mehr die Arbeitslosigkeit zunimmt, desto mehr motivieren sich seltene Arbeitskräfte zu höherer, Stammstischspieler und deren wohlfeile Presse über die Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In der „Arbeitsgeber-Zeitung“ gar werden die Arbeitslosen in Gedichten verhöhnt und Spott mit ihren Nöten getrieben. Die Sozialreaktionäre dokumentieren damit, auf welch niedrige Stufe selbstiger Verkommenheit sie bei ihrem Kampf gegen die Sozialpolitik gekommen sind. Zu denen, die sich dabei bereits einen Ruf errungen haben, kam in den letzten Wochen auch der Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der bei einem Konzilien in Bremen, anscheinend in feuchtröhlicher Stimmung, von sich gab, das Ideal des Deutschen sei das Ideal des Sozialstaates, aber mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsabsicht, einschließlich der der Sterbefälle, mitbekomme. Der breiten Masse des Volks mangelt der Willen zum Schaffen, das sagt ein Mann, dem 310 000 RM Jahresgehalt und schließlich bei Entlassung 2,5 Millionen Reichsmark Entschädigung zur Verfügung stehen. Schacht hat es nötig, so zu reden. Es blamiert sich eben jeder, so gut er kann. Vielleicht kommt noch eine Zeit, in der es Schacht und den anderen Hohnsgegnern beigebracht werden kann, was es eigentlich heißt, als Arbeiter arbeitslos zu sein. Erfahrung in dieser Hinsicht würde sehr heilsam für die Leute sein.

Wenn schon Menschen, denen man doch immerhin eine Portion Verstand und Vernunft beimesse muss, derartige Gedanken bei einer Böllerei von sich geben, was soll man da erst von den Stammstischspielern in Neberräumen erwarten, wenn sie politisieren und die Arbeitslosigkeit nach ihren Rezepten bekämpfen und die Wirtschaft in Gang bringen. Die Wirtschaftspolitiker sind einander wert, damit muss man sich trösten.

Auch ein Teil Unternehmer macht noch Wirtschaftspolitik nach sonderlicher Art, sonst könnte es nicht vorkommen, dass sie immer noch nach Steuersenkung schreien und allen Nebeln auf die Lösungen beikommen wollen. Sie kennen für die kalte Wirtschaft nur das Heilmittel „Vohndruck“. Das ist Utzinnuss für den schlaffen Wirtschaftskörper, es verschafft Stuhlgang, aber es bringt keine Heilung. Den Wirtschaftsführern ist die Wirkung ja vorst; denn sie haben sich mit ihrer Kartellpreispolitik so eingestellt, dass sie bei der 60 bis 70prozentigen Ausnützung der Kapazität der Betriebe noch direkte und indirekte Gewinne machen. Sie haben sich also gesichert und haben keine große Veranlassung, das Wirtschaftsschiff ins geregelte Fahrwasser zu bringen. Ein kleiner Teil möchte wohl, doch fehlt ihm die Kraft zum Durchsetzen. Die Großen würden ihm rücksichtslos den Garas machen. Von der Seite ist vorläufig nichts zu erwarten.

Die Unternehmer haben es nicht nur auf Grund ihrer Preispolitik bequem, der Entwicklung zuzuführen, sondern besitzen auch einen Rückhalt im Staat. Sie wissen die Staatshilfe auszunutzen. Wir wollen einige Summen angeben, damit auch unsere Kollegenschaft sieht, wie es das Unternehmertum versteht. Im Haushaltplan des Deutschen Reiches für das Jahr 1929 findet man folgende Summen: Kredite an die Landwirtschaft 107 Millionen RM, Kredite an die Industrie 58 Millionen RM, Kredite an die Schifffahrt und Werften 49 Millionen RM, Kredite an die Luftschiffahrt 9 Millionen RM, Garantien für die Landwirtschaft 115 Millionen RM, Garantien für Handel und Gewerbe 700,5 Millionen RM, und Garantien für die Schifffahrt 68,5 Millionen RM. Das sind 1,1 Milliarden RM insgesamt, die das Reich kreditiert bzw. garantiert. Darüber hinaus sich die Plageweiber nicht so auf wie über die Ausgaben für Sozialpolitik. Das ist doppelte Moral. Solange die Unternehmer vom Staat Schutz in dieser Höhe haben, sind sie nicht berechtigt, über die Zuwendung von Reichsmitteln an die Arbeitslosenversicherung die Nase zu rümpfen, die Summen sind bei weitem nicht so hoch wie die 1,1 Milliarden RM Subventionen 1929. Wenn jetzt wieder der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung entfacht wird, tun die Arbeiter und Arbeiterinnen gut, den Schimpfenden und Nörgelnden den wahren Sachverhalt vorzuhalten. Auf der einen Seite 1,1 Milliarden RM Kredite und Garantien für die Wirtschaft und auf der anderen bis Ende März voraussichtlich 560 Millionen RM Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung für schlimmste Notzustände.

Das Arbeitslosenproblem, herbeigeführt durch Versagen der kapitalistischen Wirtschaft, und nicht etwa der Arbeiter, wird viel zu wenig ernst genommen. Die einen sagen: Wer arbeiten will, kriegt schon Arbeit. Die anderen machen Spottworte auf die Stempelbrüder und verschärfen so hinzustellen, als ginge es dem unterstützungsberechtigten Arbeitslohen mit dem paar Mark Sicherungsgeld besser als den tausendweiss einnehmenden Schacht, Hugenberg, Vorwig, Dach, Cassel, Horneffer u. a. Wieder andere machen den Versuch, die Arbeitslosigkeit und ihre Schäden durch Demonstrationen zu beseitigen. Auch andere Hilfsmittel preist man an. Vergessen wir doch nicht: Die Arbeitslosigkeit kommt daher, weil in den Betrieben, Werkstätten und Büros keine Arbeit mehr war. Die Menschen sind entlassen worden, weil Aufträge für die Entlassenen fehlen. Sie werden nicht gegeben und können nicht gegeben werden, weil die große Masse nicht genügend Geld zum Kauf und Bezahlen hat. Bedarf an Gütern ist in hohem Maße vorhanden, aber das Geld fehlt, also die Kauf-

kraft, die Konsumfähigkeit. Dann kommt noch hinzu, dass wir im heutigen deutschen Wirtschaftsgebiet 6 Millionen werktätige Menschen mehr haben als im letzten Weltkriegsjahr. Die Rentner, die ihr Vermögen verloren, die Gelbleute, die arm wurden, die Nichtstuer, denen die Inflation die Bartschaft brach, sind ins Erwerbsleben übergetreten, haben Stellen besetzt und Arbeit angenommen. Der Zuwachs der Erwerbstätigen selbst kommt noch hinzu, ferner die gestiegene Produktionsmenge infolge der Rationalisierung und Technisierung. Dadurch wuchs die Zahl der Erwerbstätigen, die 1913 27 670 000 und 1929 33 881 000 betrug. Von den fast 34 Millionen sind 17,5 Millionen in der Arbeitslosenversicherung. Man kann mit anderen Worten auch sagen, für 30 Millionen Erwerbstätige ist Arbeit vorhanden, für die restlichen 3,8 Millionen nicht mehr.

Das Problem kann ernsthaft nur von zwei Seiten gelöst werden: Entweder wird durch Geburtenreduktion und der Menschenstrom zum Arbeitsmarkt gestoppt, oder wir steigern die Konsumfähigkeit der Gesamtbevölkerung Deutschlands und nebenher den Außenhandel und sorgen damit für umfangreichere Beschäftigung und für mehr Arbeitsplätze in allen Berufszweigen. Alle anderen Vorschläge sind mehr oder minder wirklose Behelfsmittel, die

zeitweise eine kleine Linderung bringen mögen, durch die aber die Ursachen des Auftragsmangels und damit der Arbeitslosigkeit nicht behoben werden. Die Ursachen beseitigen, darin müssen wir unsere Aufgabe erblicken, sonst kommen wir in dieser Frage keinen Schritt weiter. Schimpfen, nörgeln, über die Arbeitslosen spotten, sie verhöhnen, die Arbeitslosenversicherung in Grund und Boden wünschen, die Sozialpolitik überhaupt herunterreißen, nutzt nichts. Arbeitsmöglichkeiten schaffen, das ist notwendig. Über darin versagt die kapitalistische Wirtschaft und auch der Reichsbankpräsident. Solange diese Kreise und ihr Anhang hierbei nicht mitarbeiten, um das Nebel auszurotten, solange haben sie kein Recht, sich über die Arbeitslosen lustig zu machen. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, genau so wie die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten Opfer für Mängel des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu bringen. Anders geht es nicht. Helfen sie dabei nicht mit, dann brauchen sie nicht erstaunt sein, wenn auch sie in den Strudel der Ereignisse mit hineingerissen werden.

Die Lage ist außerordentlich ernst, uns kommt es jedoch so vor als seien die bestehenden Kreise nach dieser Richtung blind. Sie mögen acht haben, damit die Ereignisse nicht überraschend kommen.

Das Rätsel des deutschen Volkseinkommens.

Man weiß, dass es mit der Steuermoral in Deutschland und auch anderswo seine besondere Beziehung hat. Ein gewöhnlicher Betrag wird nicht nur mit Gefängnis, sondern auch mit moralischer Entchristianisierung bedroht; der Steuerbetrug gehört anscheinend schon zu den guten Sitten, und seine Aufdeckung wird höchstens als Peccatum betrachtet. Der Grund für diese doppelte Moral liegt auf der Hand. Der gewöhnliche Betrag geht auf Kosten des geheiligten Privateigentums, der Steuerbetrag dagegen schützt dieses Privateigentum vor den Angriffen der öffentlichen Körperverletzung und Sozialisierung. Daher ist durch die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuer gesorgt.

Eines der besten Geschäfte der Finanzverwaltung war die Einführung des Buchprüfungsdienstes. Schon durch Stichproben gelang es, Hunderte von Millionen unterschiedener Steuern festzustellen und einzuziehen. Trotzdem kann von einer gerechten Steuererhebung noch keine Rede sein. Eine Steuerhinterziehung in einer ganz anderen Größeordnung könnte in Deutschland durch die Einführung einer allgemeinen Produktionsstatistik aufgedeckt und verhindert werden. Der Reichstag ist gegenwärtig damit beschäftigt, das Gleichgewicht im Staat herzustellen, um auf dieser Basis, womöglich im nächsten Jahr, eine Steuersenkung vorzunehmen. Um neue Steuererhöhungen werden wir vorläufig nicht herumkommen. Dann sollte aber der Reichstag einmal für einen gerechten Steuereingang sorgen. Die gegenwärtige Sitte der Steuerhinterziehung ist eine offene Benachteiligung der arbeitenden Schichten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Finanzverwaltung müsste die Feststellung des gesamten Volkseinkommens und seine Verteilung auf die verschiedenen Schichten sein. Eine Scheidung des Gesamteinkommens in reines Arbeitseinkommen und reines Vermögensinkommen ist in der Praxis leider nicht möglich. Man muss sich vorläufig mit der Verteilung des Einkommens auf die verschiedenen Schichten begnügen.

Vor kurzem hat das Institut für Konjunkturkonsultation eine beachtenswerte Rechnung aufgestellt, für das Jahr 1929 stellt es ein Lohninkommen von 46—46,5 Milliarden Reichsmark fest. Das Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen soll betragen in der Landwirtschaft 3,4—3,6 Milliarden in Handel und Gewerbe 12,5—12,7 Milliarden aus Vermietung und Verpachtung 0,8 Milliarden aus Kapitalvermögen 3,4 Milliarden aus Sozialrenten 1,4—1,5 Milliarden aus öffentlichen Erwerbseinkünften 1,8—2,5 Milliarden

Demnach ständen den 46—46,5 Milliarden Lohninkommen nur 22,8—23,5 Milliarden Einkommen aller Selbständigen, einschließlich der Überschüsse der Reichs-, Stadtk- und Gemeindebetriebe gegenüber!

Die völlige Unmöglichkeit dieser Rechnung weist Woitinsky in einem Artikel: „Das deutsche Volkseinkommen“ in der „Gewerkschaftszeitung“ nach:

Der Arbeitsanteil am Volkseinkommen soll danach 66 Prozent betragen. Wenn man die öffentlichen Erwerbseinkünfte und die Unterstützungsrente ausschaltet, ergibt sich, dass das gesamte Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung 65,8—67 Milliarden beträgt, wovon 70 Proz. auf Löhne und Gehälter entfallen. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger etwa 66 Proz. der Erwerbstätigen zählen, müsste ihr Lebensniveau im Durchschnitt höher sein, als das der bestehenden Klassen, die 34 Proz. der Erwerbstätigen ausmachen und sich mit 30 Proz. des Volkseinkommens begnügen müssten.“

Woitinsky weist auch im einzelnen die Unwahrscheinlichkeit der Rechnung des Konjunkturinstituts nach. Für die Landwirtschaft stellt er ein Einkommen nicht von 3,4—3,6 Milliarden, sondern von mindestens 8—8,7 Milliarden Reichsmark fest, für die Gruppe Handel und Gewerbe, die 12,5—12,7 Milliarden Einkommen besitzen soll, errechnet er 20—25 Milliarden.

Das Konjunkturinstitut kommt auf Grund der tatsächlichen Steuerzahlungen und bereits mit Einschätzung eines bescheidenen angesehenen Prozentsatzes für Steuerhinterziehungen auf ein Gesamtvolkseinkommen von rund 70 Milliarden. Der Anteil des Lohninkommens mit 46,5 Milliar-

den mag stimmen. Der Anteil der selbständigen Erwerbstätigen mit 23,5 Milliarden ist falsch. Woitinsky schätzt ihn fast doppelt so hoch, und kommt so auf ein Gesamteinkommen von rund 90 Milliarden. Das würde bedeuten, dass das Lohninkommen voll zur Steuerleistung herangezogen, das Vermögensinkommen dagegen zur Hälfte erschleicht wird.

Eine allgemeine Produktionsstatistik würde diese verschleierte, gesetzliche Einkommen feststellen und greifbar machen. Es notwendig und wünschenswert eine Produktionsstatistik für eine genaue Marktanalyse und eine planmäßige Ventilation der Wirtschaft für das Unternehmertum selbst ist, so peinlich ist sie ihnen als Aufdeckung ihrer Steuer- und sonstigen Geschäftsgeschäfte. Die bestehenden Klassen und das Unternehmertum insbesondere verlangen Verschleierung und Vernebelung der Wirtschaft, die Arbeiterschaft muss die klare Durchleuchtung fordern.

Ein Beispiel der deutschen Steuermoral sei noch erwähnt, das uns zeigt, dass der deutsche Steuerhinterzieher wahrscheinlich der tüchtigste Steuerhinterzieher aller kapitalistischen Länder ist. In England werden bei vorsichtigster Berechnung 170 Milliarden Reichsmark Vermögen versteuert, in Deutschland nur 98 Milliarden. Woitinsky meint dazu, dass es ausgeschlossen sei, dass das deutsche Volksevermögen wesentlich kleiner sei, als das Englands, denn beide haben ungefähr gleich großes Einkommen, und das Vermögen ist ja von dem Ertrag bestimmt, den es zu erzielen vermag. „Verschiedenheit der Steuermoral“ ist die entscheidende Ursache der fehlenden deutschen Milliarden.

Es mag sein, dass man in Deutschland mit Recht vorsichtig bei Vermögens- und Einkommensberechnungen war, solange die unbegrenzten Reparationen drohten. Die zwei Milliarden des Youngplanes können aber bestimmt kein Vorwand mehr sein, die Leistungsfähigkeit zu verkleinern, was nur einer ungerechten Lohn- und Steuerpolitik des Unternehmertums zugute käme.

G. S.

Steuerbelastung der unteren Klassen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine Untersuchung über „die Staatsausgaben aus Steuern und Zöllen im Deutschen Reich und im Ausland“. Dieses wertvolle Material ermöglicht einen Einblick in die Schichtung der steuerpflichtigen Einkommen. Es ergibt sich daraus, dass im Vergleich zu anderen Ländern Deutschland die niedrigsten Einkommen am stärksten zur Einkommenssteuer heranzieht. Das Einkommen durch die Einkommenssteuer wird von der Einkommensklasse bis 5000 RM in Deutschland mit 72,5 v. H. in Frankreich mit 86,12 v. H., in Großbritannien mit 44,1 v. H., in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 0 v. H. aufgebracht. Die Einkommensklassen über 50 000 RM tragen in Deutschland mit 1,2 v. H., in Frankreich mit 11,0 v. H., in Großbritannien mit 21,2 v. H. und in den Vereinigten Staaten mit 8,9 v. H. an dem Gesamtaufkommen der Einkommenssteuer bei. Aus der Gegenüberstellung der niedrigsten und der höchsten Einkommensklasse zeigt sich bereits die wesentliche Verschiedenheit der Großstädte. Wenn wir die Einkommensklassen in zwei Gruppen teilen, d. h. in eine bis 12 000 RM Jahreseinkommen und in eine über 12 000 RM dann erhalten wir folgendes Bild: Die untere Grenze erbrachte in Deutschland 87,0 v. H., in Frankreich 67,1 v. H., in Großbritannien 62,6 v. H. und in den USA 17,6 v. H. der Einkommenssteuer. Der Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist ganz enorm. Aber auch zu den übrigen europäischen Großstädten ist er nicht gering. Dies dürfte beweisen, dass die übergroße Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in äußerst kümmerlichen Verhältnissen lebt, aber trotzdem verpflichtet ist, die größte Last der Einkommenssteuer zu tragen. Doch sind die einzelnen Länder natürlich schlecht miteinander zu vergleichen.

— Die Steuer vom Einkommen, Ertrag und Vermögen ist am höchsten in den Vereinigten Staaten mit 75 v. H. Es folgen England mit 66, Deutschland mit 58, bis herunter zu Griechenland und Italien mit je 37 v. H. Den Vermögensverkehr und Umsatz besteuern Österreich am höchsten mit 38 v. H. Es folgt Frankreich mit 30, Österreich mit 22, Italien mit 15, Deutschland mit 13, England mit 3 und die USA mit 1 v. H. Man sieht an diesen Zahlen, dass die Besteuerung der einzelnen Länder sehr verschieden ist.

5. Sitzung des Bundesausschusses am 17. und 18. Februar.

(Schluß.)

In der Diskussion

wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Windungen und Wendungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben. Für Steuererhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicherungen auf sozialpolitischem Gebiete damit Hand in Hand gehen. Die Not der Massen ist so groß, daß jede weitere Belastung ohne eine solche Garantie aus schärfsten Widerspruch stoßen würde.

Gesichtspunkte der Bauwirtschaft stehen bei der Beurteilung der Lage im Vordergrunde. Das Arbeitsbeschaffal der Bauarbeiter ist aus engsten gebunden an die öffentliche Wirtschaft. Infolge des Mangels an öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau liegt die Bautätigkeit still. Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, Mittel für die Belebung der Bauwirtschaft durch die Erhöhung der Haushaltsssteuer freizumachen. Aber die Forderung, daß das Aufkommen der Haushaltsssteuer in ganzem Umfange zum Zwecke des Wohnungsbaus verfügbare zu machen sei, muß nachdrücklich gestellt werden. Im übrigen muß die Frage der Festsetzung der Wohnungsmieten von den Gewerkschaften ständig sorgfältig im Auge behalten werden. Es muß ausgeprochen werden, daß der Wohnungsbau in überaus hohem Maße eine produktive Tätigkeit ist. Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung darf nicht die Quellen verstören, aus denen beträchtliche Mittel für den Wohnungsbau geslossen sind: die Gelder, die der Bauwirtschaft bisher von den sozialen Versicherungssträgern zur Verfügung gestellt wurden, dürfen diesem Zweck nicht entzogen werden. Die neuen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung, die auf das „Ausklammern“ der Unterstützungsempfänger bezieht, sind, werden in aufreizendster Form gegen die Bauarbeiter angewandt. Jede weitere Schmälerung der Rechte der Versicherten ist entschieden abzulehnen.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerermäßigungen gestattet, hingewiesen. Bei der Beurteilung der gegenwärtig zu lösenden finanzpolitischen Aufgaben muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß zur Sanierung des Haushaltss ein Betrag von 700 Millionen RM erforderlich ist. Partei wie Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung unter allen Umständen stattfinden muß. Eine ideale Lösung wird es nicht geben. Erforderlich ist jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches. Die verschiedenen Pläne, die diesen Zweck erreichen wollen, ohne auf Steuermittel zurückzugreifen, sind eine Bedrohung der Arbeitslosenversicherung. Namentlich gilt das für den zuletzt angekündigten Plan, der von Spieldt näher gekennzeichnet wurde (der Plan, der auf eine Erweiterung der Autonomie der Reichsstadt abzielt). Gegen jede Form der Anwendung von Mitteln anderer Versicherungssträger für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist einzutreten, daß dadurch der Bauwirtschaft Mittel entzogen werden. Welcher Weg auch immer beschritten werde — die Verpflichtung des Reiches zur Deckung des Defizits des Reichshaushaltss muß bestehen bleiben. Darum müssen Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust, der durch diese Maßnahmen für den Bauwirtschaft entsteht, ausgleichen werde durch eine Belebung der Kapitaleinfuhr. Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß 700 Millionen RM durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Der Gedanke eines Notopfers als Zufluss zur Einkommensteuer sei erwägswert, jedoch werde sich nicht der volle Betrag von 250 Millionen RM einbringen lassen. Eine Erhöhung der Umlaufsteuer würde eine starke dauernde Belastung der Massen bedeuten, die nicht zu billigen wäre. Wenn man die Wahl hat zwischen dieser Steuer und der Biersteuer, so müsse man sich für die letztere entscheiden.

Als im vorigen Jahr Gewerkschaften und Partei Befürworteten gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung, da war es doch — so wurde in der Diskussion weiter ausgeführt — möglich, die gefährlichen Anklage der Gegner abzuwehren. Diese Lehre darf in der gegenwärtigen Lage nicht vergessen werden. Auch jetzt wird es gelingen, durch die Einmütigkeit der Arbeiterbewegung die Heimde der Sozialversicherung in ihre Schranken zu verweisen.

Als die Gewerkschaften die vor Jahren eingezogene Nationalisierung als notwendig und förderlich anerkannten, stellten sie die Bedingung, daß die Folgen der Nationalisierung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden dürfen. Jetzt hat die Nationalisierung die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemessene gesteigert, und vor der Weiternahme die Krise, die Nutznießer der Vorteile der Nationalisierung sind, den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung. Staatliche Belastungen der Massen würden, wenn sie nicht ausgewiesen werden könnten, Hand in Hand gehen mit der Erhöhung der Bevölkerung. Eine Erhöhung der Biersteuer ist unannehmbar, wenn nicht zugleich die Weinsteuer wieder eingeführt wird. Es ist aber bei der Frage der Biersteuer auch darum zu erinnern, daß der Zufluss zum Kleinerbrauereibetrieb viel höher ist als der Steueranfall. Überhaupt ist es eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Frage zu untersuchen, auf welche Weise die allgemein sehr hohe Spanne zwischen Produktionspreis und Verkaufspreis zu verringeren wäre.

Ein Redner wandte sich gegen die nallare Arbeitssatze des Sammel-Altstoffsteuer, sowie dagegen, daß man, ohne die Bevölkerung der Verbundländer zu belasten, die bei uns geplante Biersteuer mit der Biersteuer in England vergleicht. Die Biersteuer werde übrigens sicherlich abgewälzt, der Ausfuhrübergang werde von den Unternehmern erfaßt und, das Bier mehr versteuert werden als der Steuerhof rechtfertigt. Ein anderer Seite wurden Einsände erhoben gegen die Argumente für eine Erhöhung der Tabaksteuer, die auch in den Reichen eine gewisse Rolle gespielt hatten. Ein Zigarettenmonopol würde, wenn es rechtzeitig eingeführt worden wäre, sicherlich mehr erzeugt haben als die Zigarettensteuer. Eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer dürfte nicht eintreten.

Zur weiteren Verlauf der Aussprache wurde auch darauf hingewiesen, wie unterschiedlich Beamte, Angestellte und Handarbeiter behandelt werden; es wird gleichsam eine soziale Tertiarstaatsföderation, keine einheitliche Sozialpolitik, welche die Interessen aller Arbeitnehmer gleichmäßig berücksichtigt. Es ist nun die Frage, ob der ADGB um die Dauer gelassen kann, daß in solcher Weise eine nach Berufsgruppen abgestufte Sozialföderation betrieben wird. Besonders haben die Beamten eine bestreite Tätigkeit. Sie haben eine gesetzteerte Existenz, die gesamte ordene Sozialföderation.

Das allgemeine Notopfer auf der Basis der Einkommensteuer müßte möglichst weiten Kreisen auferlegt werden, auch den Arbeitern in der Form, daß die sogenannten Wohnsteuerentgelten aufgehoben werden. Der einzelne hat diese Senkung kaum als Erleichterung empfunden, dem Reich dagegen hat sie 120 Millionen gekostet.

Mit großem Nachdruck wurde im weiteren Verlauf der Aussprache hervorgehoben, daß auch nur das geringste Maß von Ersparnissen an sozialen Etat völlig unerträglich ist. Gewerkschaften und Partei dürfen nicht in Widerspruch geraten zu der Entwicklung der sozialen Tatjachen. 3 139 000 Arbeitssuchende gab es am 15. Januar und 19 048 offene Stellen. Jede Einschränkung des Versichertekreises sei völlig unmöglich. In der Ziegelerei, in der Baustoffbeschaffung, in der Porzellan-, in der Glasindustrie — überall hohe Arbeitslosenriffen. Man müsse den Kreis der Krisenfürsorge erweitern. Angriffe der Christen gegen den Arbeitsminister und gegen die Sozialpolitik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, insbesondere wegen der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge seien durchaus unberechtigt.

Aufs schärfste verurteilt wurde die von großen Unternehmen systematisch betriebene Kapitalflucht. Es müssen Vorkehrungen gegen sie getroffen werden, ja, es müßte noch nachträglich versucht werden, diese Kapitalien in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft zu zwingen.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen.

Als erster erhielt das Schluswort Spieldt.

Der Versuch des Abbaus der Sozialversicherung ist um so grotesker, als auf der anderen Seite verstärkte Aufwendungen zur Unterstützung anderer Erwerbsgruppen gemacht werden, z. B. die Maßnahmen zur Stützung des Roggenpreises, Düngerkredite usw. Die produktive Erwerbsförderung muss ausgebaut werden. Der Plan, diese auf Auslandskredite zu verweisen, ist gefährlich. Vermehrte Einnahmen in der Arbeitslosenversicherung lassen sich erzielen durch Erfassen der tatsächlichen Löhne bei der Beitragberechnung und durch schnelles Beitreten der von den Betrieben übertrieben lange zurückgehaltenen Beiträge. Die Einbeziehung der Beamten als Beitragsträger würde den Sicherungscharakter vernichten und starken Widerwillen auslösen. Gerechter und zweckmäßiger ist das Erheben eines allgemeinen Notopfers bei allen höheren Einkommen. Dieses würde dann auch die entsprechenden Schichten des Beamtentums erfassen.

Dr. Vrons wies in seinem Schluswort darauf hin, daß selbstverständlich eine erhöhte Steuer für die Tabak, wie die Brauindustrie eine Belastung bedeuten würde. Indessen geht es beiden Industrien doch besser als die Aussprache erkennen ließ. Der Verbrauch von Bier pro Kopf ist dauernd gestiegen, ebenso der Verbrauch von Rohtabak. Es wäre also durchaus möglich, diesen Industrien eine neue Belastung zuzumuten. Im Augenblick kommt aber nur die Biersteuer in Frage.

Der Vorsitzende Graßmann schloß die Debatte, indem er die Ergebnisse der Aussprache, die gleichsam als Richtlinien für die Politik des Bundesvorstandes in der nächsten Zeit angesehen werden können, noch einmal kurz zusammenfaßte. Die vorgelegte Entschließung: „Zur Finanzlage“ wurde alsbann vom Bundesvorstand einstimmig angenommen. Sie wurde bereits in der vorigen Nummer veröffentlicht.

Der Bundesausschuß wandte sich dann der

Arbeitszeitfrage

zu. Spieldt begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesvorstand gleichfalls vorgelegten Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“. Er berichtete zunächst über die Verhandlungen im Lohnpolitischen Ausschuß und erörterte dann die Frage, ob es zweckmäßig sei, wie von verschiedener Seite angeregt worden ist, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eindeutig für die 40-Stunden-Woche oder den Sieben-Stunden-Tag auszusprechen. Es sei natürlich sehr leicht, für diese Parolen Begründungen zu finden, aber es

könne ja nicht darauf an, eine Politik der Schlagworte zu treiben.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine präzise Fassung der Vorberührung der Arbeitszeitverkürzung bringend wünschenswert sei. In die technisch umgestellte Industrie werden berufsfremde Arbeiter und Arbeiterinnen herangeholt, man schult sie kostspielig um — diese Art von Nationalisierung ist von katastrophaler Wirkung auf die Arbeiterschaft. Es gebe aus der Arbeitslosigkeit keinen anderen Ausweg als die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Redner trat daher für die 40-Stunden-Woche ein.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Nationalisierung keineswegs identisch sei mit der technischen und organisatorischen Verbesserung der Betriebe; sie umfaßte ja auch die Tendenz zur privaten Monopolbildung, zu Zusammenschlüssen in den Kartellen und Trusten.

So, wie sich nun die Dinge entwickelt haben, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Einige Verbände, für welche die Verhältnisse einem solchen Versuch günstig sind, werden kommende Tarifverhandlungen benutzen, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern. Vor allem sei die Überzeitarbeit entschieden zu bekämpfen. Durch entsprechende Formulierungen in den Tarifverträgen und durch Einwirkung auf die Gewerbeaufsichtsbehörden muß der Bevollmächtigung von Überstunden Einhalt geboten werden.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Bundesausschuß nahm die von uns in der vorigen Nummer veröffentlichte Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“ bei wenigen Stimmenthaltungen an.

Nunmehr erstattete Graßmann den

Bericht des Bundesvorstandes.

Er erinnerte an die wiederholten Beschlüsse und Aufforderungen des Bundesvorstandes zu den öffentlichen, politischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit. Mit Hilfe der Ortsausschüsse hat der Bundesvorstand eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt, deren Ergebnis demnächst vorliegen wird. Eine Konferenz der Reichsarbeitsräte wird vom Bundesvorstand vorbereitet.

Es ist eine neue Legion-Büste angefertigt worden, die im Bundeshaus besichtigt werden kann. Für den Erweiterungsantrag des Bundeshauses hat sich der Bundesvorstand für den Entwurf des Architekten Würzbach entschlossen. Graßmann begründet diese Entscheidung mit der Darlegung der Vorzüglichkeit dieses Entwurfs im Vergleich zu anderen Plänen.

Zum Leiter der Bundeschule in Bernau hat der Bundesvorstand nach sorgfältiger Vorbereitung dieser Aufgabe den bisherigen Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Genossen Dr. Seelbach, gewählt. Im August wird in der Bundeschule das erste internationale Treffen jüngerer Gewerkschafter, veranstaltet vom FGGB, stattfinden.

Die Bemühungen der vom FGGB eingesetzten Vierländerkommission, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den Grenzgebieten um Luxemburg zu fördern, steht auf starke Widerstände, die von klerikalen Kräften und von den Arbeitgebern ausgehen. Es ist beschlossen worden, dort zunächst zwei Sekretäre anzustellen.

In den Sachverständigenausschüssen, die bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes mitwirken, sind Gewerkschaftsvertreter aufgenommen worden. Die Beratungen der Ausschüsse haben begonnen, scheinen aber nun eine Verzögerung zu erfahren. Die Gewerkschaftsvertreter sehen sich dafür ein, daß die Gruben im Saargebiet wieder in Staatsbesitz übergeführt werden.

An den Vorstandsbereich schloß sich eine kurze Aussprache.

Die Entscheidung über die Frage der Delegation zu dem internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm, die der dritte Vorsitzende des ADGB, Hermann Müller, im Laufe der heutigen Sitzung kurz behandelt hatte, wurde auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.

Problem der Arbeitslosenversicherung. Indem ich dieses nenne, fällt auch schon das Schlußwort „Gefahrengemeinschaft“ in den Kreis unserer Betrachtung, und drängt uns in das Gebiet der Abteilung II meines Ministeriums.

Ich kenne natürlich die Einstellung der Gewerkschaften aller Richtungen zu diesem Problem, jedoch wir wollen heute hier nicht Politik machen. Sie sind hierhergekommen, um etwas vom verwaltungsmäßigen Betrieb meines Ministeriums zu erfahren oder zu sehen — soweit letzteres eben möglich ist.

Ich sage anfangs, daß die in diesem Hause geleistete Arbeit sich nicht unmittelbar vergeben läßt. Wir haben dennoch den, wie ich glaube, gelungenen Versuch gemacht, eine gegenständliche Darstellung der praktischen Auswirkungen dieser Arbeit zu schaffen, und zwar in einer Ausstellung, die in diesem Hause in sieben Sälen mit rund 800 qm Grundfläche untergebracht ist. Da die Einteilung dieser Ausstellung sich eng an den Geschäftsvorstellungspunkt hält, werden Ihnen meine Ausführungen die geistige Aufnahme dieser reichhaltigen Ausstellung erleichtern. Die Ausstellung soll Ihnen einen Gesamtüberblick über den vielfältigen wohl alle Volksklassen umfassenden Aufgabenkreis des Reichsarbeitsministeriums und seine organisatorische Förderung vermitteln.

Die Besichtigung der Ausstellung gewährt einen Überblick über das umfangreiche Gebiet der Verwaltung des Reichsarbeitsministeriums und bot eine Übersicht über das gute, reichhaltige, statistische Material, das vorbildlich und figürlich ausgezeichnete Darstellungen enthält. Manches sollte der Deßenlichkeit übermittelt werden.

Genossenschaftliche Sachverständigung.

Die „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachverständigungskommission, nahm im Geschäftsjahr 1929 an Feuerversicherungen 69 172 mit einer Versicherungssumme von 306 137 176 RM und an Einbruchdiebstahlversicherungen 6162 mit einer Versicherungssumme von 32 634 354 RM neu auf. Verlängerungen und Quittungen betreffen bei der Feuerversicherung 358 420 mit einer Versicherungssumme von 1 780 959 457 RM, bei der Einbruchdiebstahlversicherung 18 293 mit einer Versicherungssumme von 116 722 129 Reichsmark. Die Nachträge ergaben einen Vertrag bei der Feuerversicherung von 27 866 656 RM, bei der Einbruchdiebstahlversicherung von 3 128 423 RM. Die Gesamtzahl der Versicherungen betrug also bei der Feuerversicherung 422 592, bei der Einbruchdiebstahlversicherung 24 455, die Gesamtversicherungssumme 2 114 963 289 RM bzw. 152 484 906 RM. Die Prämien beliefen sich auf 2 214 866,45 RM bzw. 158 903,45 RM, insgesamt also die Prämeneinnahme auf 2 873 769,90 RM, gegen 2 092 306,80 RM im Vorjahr. In Schäden wurden gezahlt in der Feuerversicherung 436 664,67 RM, in der Einbruchdiebstahlversicherung 38 688,02 RM, zurückerstattet 74 022,84 RM bzw. 6594,18 RM, insgesamt also 510 687,51 RM bzw. 45 282,20.



Lehrlings- und Mädchenausbildung in den Glasschleifereien.

Die Beschäftigung von Lehrlingen und Mädchen in den Glasschleifereien war schon immer Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen der Kollegenschaft untereinander wie auch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Immer war das Ziel der Arbeitgeber, durch Verwendung möglichst billiger Arbeitskräfte nicht etwa einen höheren Profit zu erzielen, sondern um konkurrenzieren zu können. So wird von Ihnen immer behauptet. Dass wir in einem noch völlig auf persönliches Rennen eingestellten Industriezeuge einen möglichst gut ausgebildeten und tüchtigen Nachwuchs benötigen, hat immer volle Anerkennung gefunden, und gerade deshalb hat sich die Organisation bemüht, durch Förderung des Gedankens von Hochschulen vorwärtsstreibend zu wirken.

In schärfster Weise ist aber ebenso gegen die rücksichtslose, nicht von dem Willen zur Ausbildung, sondern zur Ausbeutung des Lehrlings gerichtete Arbeitsmethode angekämpft worden. Allmählich waren diese Bemühungen von Erfolg geleitet, indem durch Tarifverträge eine einheitliche Stellenbesetzung erzielt werden konnte. Die letzten Jahre haben aber eine um so schlimmere Umwandlung gebracht: Beschränkung der Zahl der Zwischenmeister, Steigerung der beschäftigten Lehrlinge, Abbau der zwar leistungsfähigen aber etwas teuren Facharbeiter, Vermehrung der weniger fähigen, jedoch billigeren Lehrlinge, das ist die Parole der letzten Jahre gewesen.

Mit Hilfe von Kunststeinen und später Karborundum und Karborundumsteinen sind immer höhere Leistungen erzielt worden — nicht zum Vorteil der Schleifer deren Verbiente in der letzten Zeit absolut und relativ zurückgegangen sind, sondern einzeln und allein zugunsten der Unternehmungen. Das alles genügte den Arbeitgebern nicht; noch billiger müssen die geschliffenen Glaswaren hergestellt werden. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn dieser Kampf um „Märkte billig“ auf Kosten der Arbeitgeber, nicht aber der Schleifer und ihrer Hilfskräfte ausgetragen würde. Erneut erscheint ein billiges Muster: wir müssen bei der Konkurrenz willigen noch billiger sein, dann haben wir Arbeit. Wie oft ist seitens der Schleifer immer wieder diesem Nutzen der Arbeitgeber nachgegeben worden, ihre Verdienste wurden geringer, aber Arbeit gab es keineswegs mehr; nein, die Zeit der Arbeitslosigkeit war ausgedehnter, die Unterstützung insoweit niedriger Verdienste eringer. Ende, welche vor wenigen Jahren noch für 75 Pf. bis 1 RM gefordert wurden, werden heute für 35—40 Pf. hergestellt, selbstverständlich in einwandfreier Ausführung.

Abschiedsfeier der Tafelglasfabrik Murow.

Wie im ganzen Deutschen Reich und darüber hinaus musste die handarbeitende Tafelglasindustrie der Technik das Feld räumen. Murow als letzte rheinisch arbeitende Hütte konnte auch nicht länger standhalten, und deshalb wurde der Betrieb am Sonnabend, dem 8. d. M., geschlossen.

Aus Anlass der hohen Bedeutung beschloss die Zahnstelle Murow nach einer vorangegangenen Betriebsabschiedsfeier am 8. Februar von Seiten der Betriebsleitung noch einmal die Arbeiterschaft von Murow und Umgebung zu einer Veranstaltung zusammenzutun für Sonntag, den 9. Februar. Zu der Feier waren auch die Behörden sowie die Betriebsleitung eingeladen. Als Redner hatten wir den Kollegen Krebs, Berlin, von der Zentralrathausleitung gewonnen. Vor der Feierlichkeit trat eine Gewerkschaftsversammlung, in der die Bedeutung des Verbandes vor Augen geführt wurde. Anspruchsvollere wurde allen Kollegen aus Herz gelegt, ihr Erwerbslosigkeit und wirtschaftlicher Notlage treu zum Verhant zu halten; denn letzten Endes ist alles Geschehen mit Macht verbunden, die wir nur durch den Zusammenschluss im Verbande erreichen können. Trotz der wirtschaftlichen Notlage gibt es kein Verzagen. Gerade in Zeiten schwerster Kämpfe muss immer wieder jedem Arbeiter die Organisationsmacht ins Bewusstsein gebracht werden. Die Gewerkschaften sind es, die für bessere Löhne und Verbesserung der sozialen Einrichtungen kämpfen. Die Ausführungen des Kollegen Krebs wurden mit großem Beifall entgegengenommen. An der Ansprache beteiligten sich die Kollegen Joh. Biers, Joh. Greiner und Ant. Pietralla, die sich den Ausführungen des Kollegen Krebs anschlossen und die Kollegen zum Zusammenschluss sowie zur Vertrauensbildung aufforderten. Nach Erledigung der vorbereitenden Erwerbslosen- und Kriegerangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Um 5½ Uhr nachmittags nahm die Veranstaltung ihren Anfang. Nach Begrüßung sämtlicher Festteilnehmer, Arbeitern und Gästen durch den Vorsitzenden, Kollegen Biers I, hielt Kollege Krebs die Festrede. Zunächst schilderte er die Entwicklung der Glasbläserkunst im frühesten Zeitalter bis zur Mechanisierung, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde. Auch die Kollegen von Murow machten ihrem liebgewonnenen Jahr-

Wir müssen noch billiger werden! So wird uns von den Betrieben erklärt, und so wird zu neuen Maßnahmen in der Arbeitsorganisation geschritten. Auch hier sind seitens der Arbeiterschaft alle Bemühungen unternommen worden, sowie durch zweckmäßige Organisation des Arbeitsprozesses Steigerungen der Leistungen möglich sind. Ganz entschieden müssen aber die neuen vereinzelt eingesetzten Methoden der Lehrlinge und Mädchen ausgebaut und bekämpft werden, 10 bis 12 junge Menschen, zumeist Lehrlinge, sind einem Zwischenmeister zugewiesen worden, der nun seinen Verdienst aus diesen jungen Menschen und außerdem den Profit der Firma herauszieht. Wo bleibt hier die Ausbildung der Lehrlinge? Unsere Beschwerden bei der Gewerbeaufsichtsbehörde wurden damit beantwortet, doch bei Einstellung aller Meister die Lehrlinge an ihre früheren Arbeitsstellen zurückzuführen, im übrigen aber die Ausbildung der Lehrlinge nicht nachteilig beeinflusst würde. Wie ist es in Wirklichkeit? Im Niederrhein verweigern trotz Lehrvertrag in einem Betrieb die Lehrlinge die Ablegung der Gesellenprüfung, weil sie nicht eine dem Vertrag entsprechende Ausbildung erfahren haben. Tatsächlich müssen sie die gleiche Arbeit verrichten, von Erlernung des Berufes keine Spur. Oberndrein wird ihnen dann der Vorwurf gemacht, dass sie nichts können und deshalb nicht Anspruch auf den tariflichen Lohn haben.

Im Gleicher Bezirk ist man sogar in einem Betrieb zur Errichtung von Mädchenkolonien übergegangen, die wahrscheinlich mit dem Nutzen ihrer Freiheitheit bei der Arbeit am Schleifrade für einen kläglichen Lohn die Glasindustrie retten sollen. Dieser Tage wurde die Stilllegung einer Betriebsabteilung bekannt, gegeben mit gleichzeitiger Entbindung — bis auf die Mädchenkolonien, welche ihre Arbeit fortsetzen sollen. Die tüchtigen Arbeitskräfte werden auf die Straße gesetzt, Familienmütter arbeitslos gemacht, während Lehrlinge und Mädchen die Arbeit fortsetzen, sogar verschiedentlich neu eingesetzt und ausgebildet werden.

Diese Methoden werden nachgerade zu einem Standart, dem mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muss. Der wollen die Behörden statthaft diese Zustände weiter sich entwickeln lassen, doch nur jüngere Menschen so lange in einer Arbeit bleiben, als sie unter Bezeichnung von Lehrlingen oder in Ausbildung beständig für einen niedrigeren Lohn arbeiten, um dann wieder als zu teure Arbeitskräfte aus die Straße gesetzt zu werden? Es ist höchste Zeit, dass diesen Methoden eines vergangenen Jahrhunderts mit aller Entschiedenheit Einhalt geboten wird.

pl.

80 Proz. des örtlichen Bedarfs zu bedienen. Dabei sind die qualitativen Leistungen der ungarischen Glasindustrie nur beschränkt. Die ungarische Produktion führt sich im wesentlichen auf die Herstellung von billigen Haushaltsglasäpfeln, auf Massenware, gläserne Verpackungsmittel usw., und so ist aus der Herstellung von Spezialfabrikaten, auf die seriöseste Erzeugung von Kunst- und Berggläsern usw. überhaupt noch nicht ausgebaut. Der fertige Material wird wohl handelsmäßig bereits fabriziert, indefekt in Mengen, die gegenüber dem gesamten Konsum gänzlich bedeutungslos sind. Die Entwicklung des Glasbaus in Ungarn hat nun schlecht, da die örtliche Glasindustrie in ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht ausreicht, um den Markt für Massenproduktionsgüter für billige Haushaltsgläser, Flaschen usw. befriedigend zu versorgen. Auch hier muss mit steigenden Mengen die ausländische Produktion herangezoen werden. Im letzten Jahr umfasste die ungarische Glaserzeugung rund 140.000 Tonnen im Werte von rund 7½ Millionen Pengö. Die Produktionsmenge verteilt sich auf etwa 22.500 Tonnen Fensterglas in einem Werte von 1.271.000 Pengö auf etwa 450.000 m³ Tafelglas weiterhin in der Hauptfach auf die Herstellung von Glasstäben, von Haus- und Küchengeräten aus Glas und von Glasflaschen. Aber auch in Tafelglas, in dem an sich die ungarische Industrie angeschaltete Leistungen aufweist, müsste der Binnenkonsum die ausländische Erzeugung in größeren Mengen in Anspruch nehmen, im wesentlichen, weil die lebhafte geistige Bautätigkeit in Ungarn unerwartet erhöhte Ansprüche an die Glasmarkte über die Leistungsfähigkeit der ungarischen Betriebe hinaus stellte. Die Steigerung des Eigenbedarfs erklärt auch in der Hauptfach die Verringerung der ungarischen Ausfuhrfähigkeit. Die Versorgung Ungarns mit Glas liegt hauptsächlich in der Hand der Verkehrsflotte, die zu Ungarn ausnahmsweise günstige Verkehrsbeziehungen hat, die den ungemein verteuerten Güterweg abkürzen und dem tschechischen Produkt auf ungarischen Märkten gegenüber Produkten anderer Ausfuhrstaaten eine günstige Einflussnahme verschaffen.

Griechenlands Einfuhr von Fensterglas.

—ss— Der griechische Verbrauch, in erster Linie der griechische Raummarkt, stellt laufend ganz bedeutende Ansprüche an die Einfuhr von Fensterglas, da eine örtliche Erzeugung noch nicht so weit ausgebaut ist, um einen größeren Einfluss auf den Markt zu gewinnen. Hinzu kommt, dass die nationale Glaserzeugung in ihrem Leistungsgrad in der Herstellung von Flachglas noch nicht entfernt in der Lage ist, irgendwie erfolgreich mit eingeschüttetem Material zu konkurrieren. Die Einfuhraktivität Griechenlands gestaltete sich im Laufe des letzten Jahres wesentlich reicher als in diesem. Die Ursache dafür war in der Hauptfach eine anzahl wesentliche Materialverknappung im vorausgehenden Jahr, die dann etwas übersteigende Auslandsausträge zur Folge hatte. Im nächsten Jahr ergab sich dann eine natürliche Rückbildung. Die Abhängigkeit der Einfuhrhörsel umfasste 40 Proz. der Auslandsbestellungen des vorhergehenden. Diese Gestaltung der griechischen Flachglaseinfuhr führte vielfach in den beteiligten Ausfuhrkreisen zu Ausschaffungen von einer geringeren Ertragbarkeit des griechischen Marktes für Fensterglas und vergleichbar. Ganz allgemein trifft diese Voraussetzung nicht zu, für die deutsche Fensterglasproduktion ist das griechische Einfuhrbild sogar sehr interessante Ereignisse, da sich trotz der Verringerung des Einfuhrkontingents die deutsche Fensterglasproduktion nach Griechenland gehoben hat. Die Ver schlechterung der Einfuhrklasse betrifft in der Hauptfach eine starke Einschränkung der griechischen Bestellung auf Fensterglas in Belgien und der Tschechoslowakei. Geringer war auch die Beteiligung Frankreichs am Fensterglashandel nach Griechenland. Eine Erweiterung der Importe zeigte die Zusammenstellung der Einfuhrrohre für britische und deutsche Lieferungen. Sehr bemerkenswert ist dabei, dass sich die deutsche Ausfuhr in erweitert beklebt. Die deutschen Importe waren etwa dreimal so hoch wie im vorhergehenden Jahr, in dem die Einfuhrsituation noch dazu ganz besonders dünnig war. Erheblich für ein Vorankommen im Fensterglasgeschäft in Griechenland ist die Preisoefektion. Zunächst ist es notwendig, die Preise unter denen für griechisches Fensterglas zu halten. Die Preisbewegung für Fensterglas strengt jetzt um etwa 70 Drachmen für die Reihe mit 10 m² auf. In Sonderleistungen kommen dazu noch eine Sollgebühr von 30 Drachmen und gewisse Aufschläge.

Glasindustrie-Maschinen in Italien.

Die Maschine Owens zur automatischen Flaschenproduktion wurde gegen 1910 in der Glasfabrik Lucchini & Pergo in Mailand eingeführt. Diese Fabrikation erfuhr keine rohe Entwicklung. Erst im Jahre 1924 entstanden in Rom, Vitti, Livorno und Mailand Fabriken, die für die mechanische Fabrikation vollständig eingerichtet waren.

Zur Herstellung des Haushalts- und Apothekerlauses sind die Maschinen zum Vortheil gekommen und verursachen schon Störungen in den Betriebsausmöglichkeiten. In St. Paolo Rom besteht eine Fabrik, die Flaschen und Preßglas nach vollständig mechanischem Verfahren herstellt. Die Glasfabrik Vittorio in Mailand wird umgebaut.

Die weitläufige Entwicklung erfuhr die mechanische Produktion in der Fensterglasproduktion. Im Zeitraum von fünf Jahren rückten folgende Fabriken auf:

Vietri sul Mare (Salerno)	200	Arbeiter
Pietra Marghera (Venedig)	500	"
Livorno (Kastellfeste) Fabrik	500	"
Barra (Neapel)	200	"
Mailand neue Fabrik	500	"

die zusammen eine jährliche Produktion von 10 Millionen Quadratmeter aufweisen und die Handarbeiter fast gänzlich verdrängt haben. (Maschinen Fourcault und Gibbons-Twens.)

All diese Unternehmen haben mit ihren Vieleichthöfen Verträge abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist nach den gesetzlichen Bestimmungen wie folgt gerechnet: Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Die Arbeiter und Arbeitnehmer, die um die Dienst oder in damit unmittelbar verbundenen Werkstätten beschäftigt sind, sind in drei Schichten eingeteilt. In den anderen Bereichen: Achtstundentag mit einer Unterbrechung von 90 bis 120 Minuten nach den ersten vier Stunden. Die Arbeiter haben die Sonntags- und Wochenruhe in Ausübung der geistlichen Bestimmungen.

Das Gesetz erfasst Abweichungen für die Arbeiter, die in drei Schichten an den Diensttagen beschäftigt sind. In einer Woche von dreien muss eine Schicht 56 Stunden arbeiten, damit die anderen beiden Schichten eine ununterbrochene Ruhe von 24 Stunden haben und die Schichten gewechselt werden können.

Die Anwendung der italienischen Vorschriften für Schichtarbeiter der Fensterglasfabriken mit schwarzen Brillen ausgestattet. Die Männer tragen Schutzmäntel gegen das Eintragen von Staub. Die Krankheiten, die als Verursachungen angesehen werden können, sind der Sarg und die Langeweile geschwulst. Sie sind allen Arbeitern des Vormals gemeinsam.

Information durch Vermittlung des FAI

Christbaumsschmuck-Hausindustrie.

Der Hausarbeiter in der Christbaumsschmuckindustrie ist fast der Sklave der Christbaumsschmuckverleger. Der Hauptverleger ist der amerikanische Woolworth-Konzern. Es gibt einen Teil von diesen Hausarbeitern, welche sich der Gewerkschaft angeschlossen haben, um das Slavenjoch abzuschütteln. Sie erkennen die Gefahr, die der Industrie und den Hausarbeitern selbst droht. Sie kämpfen verzweifelt für die Gründung der Industrie, werden aber von einem anderen Teil aus böse Art und Weise hintergangen. Sie liefern ihre Arbeit um jeden Preis beim Verleger ab. Seit vor Wochen hat die Firma Woolworth ihre treuen Schächer nach Gorlitzberg in ihr Kontor geladen, damit die Hausarbeiter die Arbeit für einen Dingerlohn in Empfang nehmen können. Der Stundenlohn von 57 Pf. welcher im Tarifvertrag für Männer verankert liegt, wird nicht ausgezahlt. Wer die Arbeit für das vorzüchliche Entgelt nicht annimmt, war erledigt; er konnte ohne Arbeit nach Hause gehen. Diejenigen, die mit den Tarifpreis halten, hat man vorsichtigweise gar nicht eingeladen.

Noch viel schlimmer ist es bei der Firma Bernhardt & Baier in Frankfurt am Main. Beobachtet man am Freitag und Samstag die Männer, Frauen, Söhne und Töchter, wie sie sich mit den schwerbeladenen Körben den Berg hinauf nach Frankfurt wenden, so muss man an die Wolllaufzüge denken, die die schweren Söhne ziehen müssen. Und was ist der Lohn? Wir können nachweisen, dass für diesen Lohn, den diese Firma zahlt, die Glasbläser ihre Röhre nicht bezahlen können.

Es ist hier beobachtend für diese Unternehmer, die auf diese Art und Weise fleißige Arbeiter und eine Industrie zu gründen suchen. Aber auch für diese Arbeitergruppe ist es gerade keine Ehre, wenn sie lieber Schulden macht, Frauen und Kinder aussetzt, anstatt den geringen Lohn zu fordern.

Die Arbeiter sollen nicht glauben, dass diese Verleger Gruben mit ihnen haben, wenn ihr Häuschen unter den Hammer kommt, oder wenn sie den Offenbarungszettel leisten müssen, weil

sie ihre Schulden nicht bezahlen können. Der Weg dieser Arbeiter geht über Leichen. Es wird auch die das Schicksal treffen, welche den unter groben Opfern der Gewerkschaften gezeichneten Tarifvertrag hintergehen. Die Zeit wird kommen, wo die alten Willkürigen am Ende ihrer Kraft sind. Wie schon so oft, haben sie nach Hilfe geschrien, immer wieder haben sich Männer gefunden, zu helfen, wo sie nur konnten. Die Gewerkschaft hat wieder geholfen, als das Ende nahe war. Aber alles ist den billigen arbeitenden Menschen nichts, sie fühlen sich nur wohl, wenn sie ihre Mitmenschen, ihre Leidensgenossen, hintergehen können.

Sklaven der Neuzeit sind die Arbeiter der Christbaumsschmuckindustrie. Rückständiger als Arbeiter vor dem 19. Jahrhundert. Der Syndikus dieser Sklavenhälterei ist ein thüringischer Staatstrat o. D. und Demokrat Görchner in Sonnenberg. Die Arbeiter der Spielwaren-, Christbaumsschmuck- und Pappeangewandten können ein Bild von diesem Herrn und seinen Auftraggebern fangen. Ob sie auch einmal das Schicksal der zwanziger erreicht?

Ungarns Aufnahmefähigkeit für Glas.

—ss— Die ungarische Industriedirtschaft hat vor kurzem erste leistungsfähige Einrichtungen geschaffen, um die Glaserzeugung am Orte zu steigern und die Versorgung des Binnenbedarfs damit vermehrt in die eigene Hand zu bekommen. Die mit Ausbau der ungarischen Glasindustrie verbundene Erwartungen haben sich aber durchaus nicht in dem vorangesehnen Maße erfüllen lassen. Es ist dem ungarischen Konsum nicht gelungen, sich in der Befriedigung seines wachsenden Glasbedarfs vom Ausland unabhängig zu machen. Nach zuverlässigen Quellen ist die heimische Glasindustrie nur in der Lage, etwa



Porzellan und Welthandel.

Porzellan ist auf den Welthandel angewiesen. Der Porzellanexport ist für die deutsche Porzellanindustrie eine Notwendigkeit, denn es werden von ihr mehr Produkte ausgeführt, als im Innern abgelehnt werden. Deshalb ist die Porzellanindustrie verpflichtet, mit dem Porzellanhandel gemeinsam ins Auslande den Porzellanabfluss zu fördern. Das ist nicht so leicht getan, als gesagt; denn Deutschland hat mit der tschechoslowakischen, japanischen und französischen Konkurrenz zu rechnen. Über trocken kommt es uns dort, als müsste sich die deutsche Porzellanindustrie noch mehr als bisher um den Auslandsabfluss und seine Vorbedingungen kümmern. Die "Porzellan- und Glashandlung", die Wochenschrift der Spezialverbände des Handels für Porzellan- und Glaswaren, hat in ihrer Nummer 8 unter der Überschrift: "Der Welthandel in Porzellan und Glas" Ausführungen zu diesem Thema gemacht, und eine Anzahl Herren der Porzellanindustrie geben sich dazu zu äußern. Die "Porzellan- und Glashandlung" selbst verweist auf die Notwendigkeit des Porzellanabflusses und macht auf die Schwierigkeiten im Welthandel aufmerksam. Zuletzt bringt sie noch einige Alogien des Handels vor, das amliche Stellen nicht in dem Maße dem Außenhandel rütteln, wie man das von ausländischen Stellen in Deutschland gewohnt sei, die stets bereitwillig Ausfertigungen ertheilen. Dann macht Herr Professor Dr. Wilhelm Betschöfen Ausführungen zu dem Thema. Er schreibt: "Die deutschen feinporösen Produkte, darunter das Porzellan in erster Stelle, werden trotz gelegentlicher Rücksicht ihre Bedeutung in der Ausfuhr deshalb stets erhalten, weil sich in ihnen eine solche Mannigfaltigkeit der Erfindung und des Geschmacks zeigt, daß der Konsument immer wieder zu ihnen greifen wird, um sein Bedürfnis nach sozialer Abhebung und nach ästhetischem Genuss zu befriedigen."

Auch der Leiter der Städtischen Porzellanmanufaktur Berlin, Herr Professor Dr. von Pechmann, nimmt Sstellung. Er führt die Einbuße für das Kunstgewerbe aus, die Pariser Ausstellung zurück, an der Deutschland nicht beteiligt war. Er erhebt sogar nachträglich Einwände gegen die Bedingungen, die seinerzeit Frankreich gestellt. Was die Einwendungen in diesem Zusammenhang für einen Zweck haben sollen, ist uns nicht klar, da damit der Welthandel nicht gehoben werden kann. Nach Pechmann macht sich bei der Städtischen Porzellanmanufaktur keinem, daß sich der Geschmack des amerikanischen Kunstschnörkels dem deutschen Porzellan widerstellt zu wenden.

Herr A.R. Gundel verweist darauf, daß in keinem Lande der Welt die Porzellanindustrie in bezug auf Qualität, Formgebung und Dekoration im letzten Jahrzehnt soartige Fortschritte gemacht hat wie in Deutschland. "Die deutsche Porzellanindustrie ist immer eine Exportindustrie, es ist sie gewesen, und es ist der Ungeist der Zeit, die sie gebildet. Sie hat es verstanden, sich gegenüber der in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen ausländischen Konkurrenz wifikam zu behaupten und den Ruf des deutschen Qualitätsporzellans als hervortretenden Exportartikel hochzuhalten."

Herr Direktor Gramb führt aus: "Gana unverkennbar greift der Qualitätsgedanke im Ausland wieder mehr an. Man interessiert sich wieder für Gebrauchsgefäße, die sich in Formgebung und Dekorationsführung von den alltäglichen abheben. Der starke Wettbewerb hat in den letzten Jahren eine Einheitlichkeit in Formen und Dekoren gezeigt, die eine Neueröffnung hervorrufen, zumal auch die im Auslande heimische und geistige Porzellanindustrie ebenfalls nur Nachahmungen der gebrauchlichen deutschen Formen bringt. Es vollzieht sich gegenwärtig ganz zweifellos eine weitere Wandlung! Ausführungen bemerkbar macht.

Jekt und einst um Schleusingen.

Gegenwärtig wird davon gearbeitet, in einem der entlegensten und abgelegenen Teile Thüringens, hineingreifend in eine breitläufige Enklave, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Die Mitglieder dieser Zahlstelle werden sich zum überwiegenden Teil aus Glas- und Porzellanarbeitern aus den dort verstreut liegenden Orten im Thüringer Wald zusammenziehen. Als Orte, die in die neue Zahlstelle hineingehören, sind zu nennen: Schleusingen, Friedrichsberg, Bedheim, Schenbach, Tann, Unterneubrunn, Hinternah, Neudorf, Neuwerk, Brattendorf, Kloster Bebra, Ehl, Mähendorf, Goldbauter, Kloster Beilsdorf, Schwarzenbrunn, Gießhübel, Gießfeld usw. Alles in allem werden ungefähr 3000 organisierte Arbeiter und Arbeitnehmer nunmehr in der neuen Zahlstelle vereinigt sein. Ungefähr 40 Arbeiter in der Papierfabrikation, etwa 100 Ziegelarbeiter, und weniger 250 Glaserbeiter und knapp 150 Porzellanarbeiter noch zu gewinnen. Die Organisierung der Arbeiter in diesem Bezirk und die Gründung einer Bezirkszahlstelle mit zwei Angestellten wird für die dortige Arbeiterschaft und für den Verband ein großer Erfolg sein. In der dortigen Gegend wohnen mit die Armuten der Armen, denen geholfen werden soll durch die Organisation. In einer Anzahl von Orten, die hoch oben auf unbegrenzten, einsamen Waldeshöhen liegen, nach denen es keine "Pfeife" erreichen kann (im Winter auch nur dann, wenn es die Schneefallschäfte gelingen), gibt es kaum Industrie, ein Teil ihres Bewohner ist heute noch gezwungen, nach weit entfernten Arbeitsstellen zur Arbeit zu ziehen. Am Montag früh werden dort ganze Ortschaften von ihren arbeitsfähigen Einwohnern verlassen, die jeder mit einem Sack voll Nahrungsmittel in die Berge ziehen, aus denen sie Sonnenwend oest wieder in ihre Heimatorte zurückkehren. Dohmen, ebenso wie müssen dort Alt und Jung, Männer und Weiblein in den Felsen.

In früherer Zeit, als die Organisation noch schwach war, waren die Bewohner dieser Gegenden, nach dazu zu gleich in den Berge ziehen, keine angesehene Erscheinung.

Bei Arbeitskämpfen, die in früherer Zeit geführt werden sollten, war ein junger Arbeiter aus der geringsten Verlag. Das alles hat sich in der Nachkriegszeit wesentlich geändert. Jetzt sind ein Teil Arbeiter aus Arbeitern der dortigen Bergbau, die ganze Woche über ununterbrochen ihres Hauses ist. Arbeit geben müssen, so sind sie heute organisiert und weiter sie fleißig bewohnten Arbeiter zu rekrutieren.

Die vorbereitete Gründung einer Bezirkszahlstelle bedarf doch auch in diesen entlegenen Einstel der Geist der Zeit eingezogen zu sein.

Wie es vor dem Kriege in kriegeriger Gegend aussah und jetzt seltenen Schwierigkeiten man Zeiten treiben mußte, das schreibt aus der Kollege Gustav Schmid aus Almenau mit eigener Erfahrung, als er dort einmal auf Agitation war, wie nachstehend:

zugehörigen des deutschen Porzellans... die Nachfrage und das ausdrückliche Verlangen nach deutschem Porzellan lebt die Bemühung... Nebenbei wird sich die reine Stapelware auch durchaus behaupten, wenn der Weltmarkt nicht ein weiteres Verlassen und Abseilen der Ausführung zur Folge hat. Deutsches Porzellan hat Anspruch auf eine bestimmte Bewertung gegenüber ausländischen Fabrikaten... das deutsche Porzellan wird sich seine alte Gestalt wieder erobern.

Herr A.R. Dr. A. Voellner bemerkt: "Der Vorstand der deutschen keramischen Fabrikation sowohl in technischer Hinsicht als auch in künstlerischer Qualität hat die Erzeugnisse dieser Industrien auch zu einem ganz hervorragenden Ausfahrtserfolg gemacht, und insbesondere hat auch die Ausfahrtshälfte dieser Industrien an den ausländischen Geschäft und an die ausländischen Erfordernisse des Gebrauchs ein Spezialinstrument für jedes in Frage kommende Ausland geschaffen... Die deutsche keramische Industrie glaubt gerade auf dem Exportmarkt ein Antrecht auf besondere Berücksichtigung zu haben, da sie als eine der leistungsfähigsten Industrien des Landes, wenn nicht der Welt, bekannt ist."

Herr Dr. Hartach äußert sich dahin: "Die Porzellanherstellung ist zum größten Teil nicht mechanisiert und unterscheidet sich daher grundsätzlich von der Fabrikation fast aller übrigen Gebrauchsgegenstände. Das deutsche Porzellan, auch die billige Gebrauchsware, verkörpert daher heute noch in Form und Dekoration den Wertmonument seiner Herstellung. Diese Eigenschaft hat dem deutschen Porzellan vor dem Kriege Weltgeltung verliehen und ermöglicht ihm heute, ausländische Pöllschranken bis zur vielfachen des Porzellanpreises zu übersteigen.

Mögen die drei in der Industrie tätigen Gruppen: Werkleiter, Angestellte und Arbeiter in Einigkeit an der Entwicklung des deutschen Porzellans weiterarbeiten, mögen die Vorsitzende und Liebhaber deutschen Porzellans sich stets dessen bewußt sein, wieviel Handarbeit auch im Stabellporzellan steht, mögen endlich die Güter der ausländischen Kollegien einsehen, daß deutliches Porzellan keine beliebige Handelsware darstellt, sondern bestimmt ist, die Freude an der eigenen Häuslichkeit auch in die Wohnungen der weniger bemannten Bevölkerung zu tragen."

Die amerikanische Handelskammer verweist darauf, daß Amerika Abnehmer für ganz billige Sorten deutschen Geschirrporzellans ist, das aber auf starke Konkurrenz seitens der amerikanischen Erzeugung, aber auch der anderen Länder trifft. Weiter werden auch keine Gebrauchsporzellane und Kunsporzellane aus Deutschland eingeschafft, wie Meissen, Rosenthal, aber auch gute kleinere Firmen, die zum Teil Vertretungen in Amerika haben.

Derner macht die "Porzellan- und Glashandlung" noch die Bemerkung: Wie ein Blick in die amerikanischen Fachzeitschriften beweist, jucken die amerikanischen Fabriken mit mehr Eifer als Erfolg nach gefälligen neuen Formen. Als ihre Meinung über die deutsche Ware gibt sie an, möglichst gute Angebote herauszubringen. Sie ist überzeugt, daß neue Formen in Amerika gut aufgenommen werden, wenn sie praktischer und gefälliger sind als die alten. Was bis jetzt an solchen neuen Formen herausgebracht wurde (auch in Amerika selbst), hat nicht durchweg den Anspruch auf die Schönheit, die wir uns vorstellen, und man sucht offensichtlich überall nach diesen neuen Formen und Linien. Der Amerikaner hat im Durchschnitt wenig Geschmack, aber ein gutes Gefühl für praktische Gegenstände. Er will von den Formen der heutigen Gebrauchsware los.

Wir sehen aus den Hinweisen, daß die Porzellanindustriellen große Hoffnungen auf Besserung des Erforts haben. Sie sind voller Zuversicht. Lassen wir, daß diese sich bald in höheren Ausführungen bemerkbar macht.

Versammlung rügte unsere militärische "Schutztruppe" wieder ab. Später als wir in die Gaststube kamen, rief mich der Führer der Truppe beiseite, und erklärte mir, daß es nicht schön von mir gewesen wäre, daß ich so dastand, wie sie stehen nicht von sich heraus in die Versammlung gekommen, sondern auf Besuch des Landrates. — Einige Monate später feierte die neugegründete Zahlstelle der Porzellaner ihr Stiftungsfest, zu dem ich als Redner gekommen war. Hier traf ich vor Beginn der Abendfeier wieder den Führer der vormaligen Schutztruppe, welcher mich bat, es ihm rechtzeitig wissen zu lassen, wenn die Rede steigen soll, er würde dann solange den Saal verlassen, um nicht wieder veräppelt zu werden. Die Hiebe hatten also gesessen. Warum ich diese Erinnerungen niederschreibe? Um den jüngeren Kollegien zu zeigen, wie schwer es noch vor kaum mehr als 20 Jahren war, für die Gewerkschaft und die Partei zu agitieren. Gleichzeitig sage ich den Wunsch bei, daß sich auch heute wieder recht viele junge Kollegen als Agitatoren zur Verfügung stellen möchten. Denn in der Zeit, wo wir leben, wo sich die Unternehmer immer eigner zu Trusts, Syndikaten und sonstigen Verbänden zusammenschließen, nicht zuletzt zu dem Zweck, die Gewerkschaften und die Partei zu zerstören, haben wir allen Anlaß, nicht eher zu ruhen, bis die Arbeiterschaft ebenso furchtlos zusammengetreten ist, um die Pläne der Trustkönige gemeinsam zu machen. Dabei unablässigen mitzuhelfen, muss auch für die jüngeren Kollegen und Kolleginnen Ehrenrache sein."

Sitzung der Tarifkommission.

Der Reichstarifvertrag für die deutsche keramische Industrie, der von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zum 31. März d. J. gekündigt ist, läuft nun am 31. März d. J. ab.

Zum Abschluß eines neuen Vertrages und zu den Forderungen hierzu nahm eine Kommission der Kollegen aus dem Reich unter Berücksichtigung aller Branchen und Bezirke Stellung. Außer diesen Kollegen nahmen die Gauleiter, Vertreter vom Hauptvorstand und die Centralbranchenleitung an der Sitzung teil.

In zweitägiger Verhandlung wurden die Manteltarifbestimmungen durchgesprochen und viele Paragraphen einer grundlegenden Änderung unterzogen. Insbesondere wurde eine Regelung der Arbeitszeit, und zwar auf 45 Stunden in der Woche, gefordert. In der Oberschlafeneinteilung wurden Veränderungen beantragt. Die Alterschlafeneinteilung, die in unserem Vertrag eine außerordentlich hohe ist, wurde herabzusetzen gefordert, so daß der Höchstlohn bei Männern schon mit 21 Jahren in Frage kommt. Der Urlaub wurde für die Beschäftigung in der Industrie verlangt, und für Jugendliche wurde ein besonderer Urlaubsschutz herausgearbeitet. Die Forderung, daß die Altarbeiter auch in Zukunft wieder Effektdauerschläge erhalten können, ist ebenfalls in den Vorschlägen berücksichtigt.

Des weiteren wurde Wert darauf gelegt, eine Verbesserung der Methoden zur Stückpreishildung und einen einheitlichen Garantielohn, bei Altararbeit in den neuen Mantel einzunehmen.

Die Verhandlungen mit der Gegenseite sind in den nächsten Wochen vor Ablauf des geltenden Reichstarifvertrages zu erwarten.

Colditz.

Die Belegschaft der Steingutfabrik A.-G. Colditz, beschäftigte sich in einer Betriebsversammlung am 26. Februar 1930 mit den Anträgen zur Änderung des Tarifvertrages für die keramische Industrie.

Die Versammlung steht geschlossen hinter den von Colditz gestellten im "Keramischen Bund" bereits veröffentlichten Anträgen. Einstimmig wurde beschlossen, die Verhandlungscommission zu beauftragen, alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die geforderten Vertragsänderungen zu erreichen. Weiter wird verlangt, daß zu den Tarifverhandlungen ein Vertreter von Colditz hinzugezogen werden soll. Die organisierten Kollegen geloben, durch intensive Agitation unter den Unorganisierten ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Unter Punkt 2 konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß auch die Arbeiterschaft der Steingutfabrik A.-G. Colditz erkannt hat, was von der kommunistischen Opposition zu erwarten ist. Zu einer am Tage vorher mit großer Propaganda einberufenen Betriebsversammlung der Opposition waren von der 1000köpfigen Belegschaft ganze 5 Männer erschienen. Kein Mensch also hat Interesse an dem Bericht vom kommunistischen Gewerkschaftskongress. Kein Arbeiter der großen Steingutfabrik A.-G. Colditz, hat Lust, sich auf eine kommunistische Betriebsräteleben zu setzen. Der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Gewerkschaftsbewegung im besonderen, wird diese Erkenntnis und die Abkehr von den Gewerkschaftszerstörern zur zum Vor teil sein.

Karl Eichhorn.

Tettau.

Die Porzellanfabrik Tettau A.-G. in Tettau ist in der Lage, im Geschäftsjahr 1929 wieder 10 Proz. Dividende verteilen zu können. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden möglichst häufig geholt mit dem Lohn, das wirkt sich dann günstig für die Altarbeiter aus, die jedes Jahr auf ihre bestimmte Dividende rechnen können. Die Porzellanfabrik Tettau ist eines der wenigen Unternehmen der Porzellanindustrie, das regelmäßig hohe Dividende verteilen konnte.

Zuschukskasse Deutscher Porzellanmaler.

Rassetbericht pro 4. Quartal 1929.

Einnahme RM	Umsatze RM
Betriebe und Einkommen	2498,-
Trittsgehalt	180,-
Capitalverkehr	1800,55
Bestand d. 3. Quartal 1929	219,90
13 974,11	18 727,09
Summa 18 023,84	Summa 18 028,84

Normenänderungsnachweis.

Sparl.-Buch Nr. 4649 i. d. Konsum-Genossenschaft. 13 251 42 RM
Barbestand 475,42 RM

Summa 18 727,09 RM

Mitgliederbestand 558.

Waldburg i. Sch., 15. Februar 1930.

U. Vor. Kassierer.



Bilanz des Deutschen Zementaußenhandels.

Der deutsche Außenhandel mit Zement hat im Jahre 1929 den günstigen Stand vom Jahre 1927 noch nicht wieder erreicht. Die mengenmäßige Ausfuhr ist zwar um rund 90.000 Doppelzentner gegenüber 1928 gestiegen, aber der Wert der Ausfuhr bleibt um einige Tausend Reichsmark hinter demjenigen des Vorjahrs zurück. Bei dem großen Posten Zement fällt allerdings die geringe Verschiebung nicht erheblich ins Gewicht. Der Wert der Ausfuhr betrug 1929 rund 35,2 Mill. RM gegen 35,5 Mill. RM im Jahre 1928. Der Einfuhrwert stellte sich 1929 auf 6,5 Mill. RM gegen 6,3 Mill. RM im Jahre 1928. Abgänglich der Einfuhr ergibt sich, daß der deutsche Zementaußenhandel 1929 mit 28,7 Mill. RM aktiver war, während 1928 die Ausfuhr 29 Mill. RM betrug. Den mengenmäßigen Außenhandel veranschaulicht folgende Tabelle:

Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuss
1929 1.546.473	10.703.338	9.156.865
1928 1.442.131	10.611.981	9.169.847
1927 685.678	11.767.386	11.081.708

Der erhöhte mengenmäßige Ausfuhr im Jahre 1929 steht eine Erhöhung der Einfuhr gegenüber, die verringert auf den Ausfuhrüberschuss drückt. Der Rückgang ruht hauptsächlich aus einem verminderten Bezug europäischer Länder her, während die übrigen Ländereien ihren Bezug zum Teil erheblich erhöht haben. Es wird vielleicht nicht uninteressant sein, sich die Länder und deren Bezugsmengen anzusehen. Zunächst die europäischen Länder. Es bezogen in Doppelzentner:

	1929	1928
Niederlande	3.653.709	4.181.345
Frankreich	460.593	187.971
Saargebiet	314.203	325.574
Spanien	251.764	21.788
Italien	187.097	103.201
Jugoslawien	47.254	43.706
Portugal	44.023	-
Norwegen	32.680	76.485
Finnland	12.668	69.928
Griechenland	4.000	142.407

Von den angeführten europäischen Ländern haben nur Frankreich, Spanien und Italien ihren Bezug erhöht, während unsere Ausfuhr nach allen anderen Ländern, hauptsächlich aber nach den Niederlanden und Griechenland, zurückgegangen ist. Soweit nicht andere Abweichungen riefen, ist der Rückgang in erster Linie auf den geringeren Bedarf, der naturgemäß

in den einzelnen Jahren verschieden hoch ist, zurückzuführen. Verträglich erhöht hat sich dagegen unsere Ausfuhr nach Afrika. Nach Afrika führten wir 1929 rund 630.000 Doppelzentner aus gegen 415.000 im Jahre 1928. Handfächlich haben Portugiesisch-Afrika und Ägypten ihre Bezugsmengen bedeutend erhöht. Zudem, einschließlich die Insel Ceylon, bezog 1929 von uns 342.000 Doppelzentner gegen 330.000 Doppelzentner im Jahre 1928. Unsere Ausfuhr nach Indien hat sich also gegen 1928 um 38.000 Doppelzentner vermehrt, was hauptsächlich auf den geringeren Bezug von Niederrätschland-Indien zu liegen ist. Nach Amerika gestaltete sich unsere Ausfuhr wie folgt (in Doppelzentner):

	1929	1928
Brasilien	1.474.480	1.193.758
Argentinien	771.266	954.310
Venezuela	221.622	272.517
Peru	309.687	335.016
Chile	790.905	470.384
Columbien	129.699	201.873
Costa Rica	127.917	153.158
Panama	110.585	96.083
Ecuador	73.828	95.392
Guatemala	28.610	51.152
Haiti	25.990	55.912
Vereinigte Staaten	31.862	-

Erhöht hat sich unsere Ausfuhr nach Brasilien und Chile, nach den anderen Ländern hat sie sich verringert, wenn auch zum größten Teil nur geringe Mengen. Es wäre jedoch falsch, aus den Verschiebungen innerhalb eines Jahres Schluß auf die künftige Gestaltung zu ziehen. Im nächsten Jahre könnten die Länder, deren Bezug sich 1929 verringert hat, wieder zu erhöhten Einfuhrmengen schreiten. Der Bezug richtet sich nach dem Bedarf. Die Ausfuhrung von großen Bauten erfordert stärkeren Bezug von Baumaterial. So unterliegt die Ausfuhr im wesentlichen auch der Nachfrage, wobei allerdings nicht die Konkurrenz, Zollsätze und andere Ausfuhrhürden überprüft werden dürfen.

Erwähnt sei noch, daß unter den Ländern, die nach Deutschland Zement einführen, erstmals im Jahre 1929 mit einer Einfuhr von 685.000 Doppelzentnern an der Spitze steht. Weiter folgte an Deutschland das Saargebiet 468.000, Belgien 106.000, Österreich 90.000, Schweiz 84.000, Tschechoslowakei 43.000 und Ungarn 20.000 Doppelzentner. Eine grobe Verschiebung ist unter den Lieferantenländern im letzten Jahre nicht eingetreten.

Grund Neumann.

Landes-Zieglerkonferenz.

Zum 16. Februar war von der Zahlstelle Detmold des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, die alljährlich im Februar stattfindende Zieglerkonferenz einberufen worden.

Trotz Weiteruhlden sandten sich Scharen von Delegierten ein. In kurzer Zeit war der große Saal des Volkshauses bis auf den letzten Platz besetzt, so daß im Hintergrund des Saales eine Ansicht Kollegen mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußten. Hunderteben und fünfzig Delegierte waren anwesend, die über 3000 Ziegler zu vertreten haben. Neben den Delegierten hatten sich Hunderte von Kollegen es nicht nehmen lassen, ebenfalls an der Versammlung teilzunehmen.

Kollege Linne begrüßte im Auftrage des Vorstandes der Zahlstellenleitung Abt. Keramischer Bund die Anwesenden. Nach der Begrüßung sprach Kollege Max Elzner, Charlottenburg, Branchenleiter der Industrie Steine und Erden vom Keramischen Bund, in einem 1½-stündigen Vortrag über: "Die tarifpolitische Lage in der deutschen Ziegelindustrie."

Er führt u. a. aus: Die Verhältnisse in der deutschen Ziegelindustrie seien zur Zeit noch sehr unzureichend, große Arbeitslosigkeit sei vorhanden, die Bauaktivität sei zur Zeit schlecht und es sei auch noch nicht zu übersehen, wie sich die Bauaktivität im Laufe des Frühjahrss entfalten würde. Von der Belebung des Baumarktes hing wiederum die Beschäftigungsmöglichkeit in der Ziegelindustrie ab. Außerdem sei durch die Nationalisierung und Technisierung in der Ziegelindustrie die Produktionsmöglichkeit gestiegen. 1928 und 1929 sei die Produktion in der deutschen Ziegelindustrie ebenso groß gewesen wie im Vorriegsjahr 1923, trotzdem die Ziegelerwerbsteuer sich gegenüber der Vorriegszeit um 2000 mit 80.000 Beschäftigten verringert hätten. Wenn trotz allem, trotz der Verringerung der Betriebe um 2000, und trotz der weniger beschäftigten 80.000 Ziegler die gleiche Produktion in den letzten 2 Jahren erreicht worden sei, könne man nicht sagen, daß diese erhöhte Leistungsfähigkeit nur allein an die Nationalisierung und Technisierung der Betriebe zurückzuführen sei, sondern hier zeige es sich, daß die Leistung des einzelnen Zieglers bedeutend gestiegen sei. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten schon im Laufe der letzten Jahre Tausende von Ziegeln keine Beschäftigung mehr gefunden. Bei der zunehmenden und nicht auszuhaltenen Technisierung der Betriebe sei damit zu rechnen, daß die Zahl der Ziegler, die keine Beschäftigung mehr finden, sich noch um 10.000 erhöhen würde.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit wollten die Bürgerlichen das Arbeitslosenversicherungswesel zu Füll bringen. Dieser Widerstand für die Anträge der Bürgerlichen wurde bereitst durch den Schmerzinken des Berliner "Fest-Märkte", durch den Artikel "Tempo-Paradies Lippe-Detmold", welcher den Weg in alle bürgerlichen Zeitungen fand und mit Kreide von den Arbeitgeberverbänden zum Abdruck gebracht wurde. Gewiß, die Reichsfinanzen sind schlecht, aber sollen die Ziegler allein die Last tragen? Eine Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung muß erfolgen. Sie kann und darf aber nicht erfolgen durch den Abbau ihrer Leistungen. Wo bleibt der Widerstand? Wo bleibt hier die Vaterlandsliebe?

2½ Millionen Arbeitslose sind auf die Dauer nicht tragbar. Sie haben ein Recht auf Arbeit und Leben, genau so gut wie auch die anderen Bevölkerungsschichten. Kann die kapitalistische Gesellschaftsordnung der arbeitenden Bevölkerung keine Arbeit geben, dann wird es Zeit, daß sie aus der wirtschaftlichen Arena zurücktritt und der sozialistischen Gesellschaftsordnung Platz macht.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat besondere Richtlinien für die Belebung der Wirtschaft ausgearbeitet, die nur auch die deutschen Ziegelerwerbsteuer zu eignen gemacht haben: Aufhebung der Wohnungswirtschaft. Die Befürworter der Aufhebung der Wohnungswirtschaft sagten, wenn die Wohnungswirtschaft angehoben wird, erfolgt eine Angleichung der Mieten der Altwohnungen an die Neuwohnungen. Dadurch würde die Privatwirtschaft einen Anteil erhalten. Kapitalien in Neubauten zu stecken, weil eine gute Verbindung gewährleistet sei. Gewiß, die Mieten würden durch Aufhebung der Wohnungswirtschaft steigen. Damit ist aber auch nicht das Rätsel gelöst, ob dann die minderherrschenden Bevölkerungsschichten diese Miete auch zahlen können.

Die arbeitenden Schichten, dazu gehört auch der Ziegler-

stand, sollen die Lasten der Sanierung der Reichsfinanzen aufnehmen. Lohn- und Tariffragen. Aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen sprachen die Diskussionsredner, wie die Zieglerheit in den einzelnen Fragen steht und darüber dient. In einem vorderen Schlusswort ging der Kollege Elzner auf die dargelegten Wünsche, Forderungen und Vorestellungen der Diskussionsredner ein.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung waren entsprechende Entwicklungen eingearbeitet worden. Die eine Entwicklung befürchtete ich mit den Verhältnissen beim Arbeitsamt Detmold; eine andere nimmt Stellung zu den Abbauversuchen der Arbeitslosenversicherung. Eine dritte Entwicklung befürchtete ich mit der Selbstmachung der Wanderaarbeiter; die vierte befürchtete ich mit den Tarif- und Lohnfragen. Sämtliche Entwicklungen wurden einstimmig gefaßt.

Hiermit war die Konferenz unter der umsichtigen Leitung der Kollegen Linne und Pottkast am Schlusß ihrer Tagung angelangt. In einem packenden Schlusswort fasste Kollege Linne noch einmal den Verlauf der Tagung zusammen, dankte den Teilnehmern für ihre rege Mitarbeit und schloß die Konferenz.

Zieglerkonferenz, Gau 1.

Am 9. Februar 1930 tagte in Hannover eine Zieglerkonferenz für den Gau 1. Der Kollege Scheinhardt eröffnete sie mit folgender Tagesordnung: 1. Arbeit und Technik in der Ziegelindustrie. 2. Kollege Elzner, Berlin. 3. Branchenangelegenheiten. In der Konferenz waren 43 Kollegen anwesend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Elzner ungefähr folgendes aus:

Die Technik, die in der Ziegelindustrie auch ihren Einzug hielt, hatte zur Folge, daß die Beschäftigungszahl und die Zahl der Ziegelerbetriebe wesentlich geringer wurden. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Betriebe im Jahre 1900 14.160 war gegen 6382 im Jahre 1928. Die Zahl der Beschäftigten war im Jahre 1900 289.000 gegen 191.612 im Jahre 1928. Die Beschäftigungsduer und -möglichkeit ist auch wesentlich herabgesunken. Vor dem Kriege konnte ein Ziegler mit einer sieben- bis achtmonatigen Beschäftigung in der Ziegelindustrie rechnen, nach dem Kriege ist aber diese auf sechs Monate herabgesunken. Vor dem Kriege wurden jährlich ungefähr zehn Milliarden Steine hergestellt und auch abgesetzt. Nach der letzten Statistik ist die Produktionsmöglichkeit bedeutend höher geworden. Der Absatz steht aber dem der Vorkriegszeit gleich. Es muß bei der Zusammenstellung festgestellt werden, daß nach dem Kriege 30 Proz. weniger Betriebe vorhanden sind, diese machen aber die gleiche Produktionsduer wie vor dem Kriege mit ungefähr 70 Proz. der Vorkriegsbelegschaftsziffer in einer kürzeren Arbeitszeit. Wenn die gleiche Arbeitszeit wie vor dem Kriege noch vorhanden wäre, dann hätten nur 40 Proz. der Zieglerarbeiter noch Beschäftigung.

Die Rationalisierungsbemühungen haben in der Ziegelindustrie große Fortschritte gemacht. Geräte und Maschinenanlagen werden bedeutend besser in Ordnung gehalten als vorher. In der Tongruben, wo sonst fünf bis acht Mann durch Handarbeit die Arbeit verrichten mußten, wird die gleiche Arbeit heute höchstens mit einem Bagger, mit einer Bedienung von höchstens ein bis zwei Mann, verrichtet. Der Transport erfolgt in sehr vielen Betrieben durch Seilbahnen und laufendes Band. Automatische Abschneider an der Bresse, künstliche Trockenanlagen und automatische Schüttöfen sind keine Seltenheiten mehr. Die persönlichen Leistungen der Zieglerarbeiter haben ebenfalls eine starke Steigerung erfahren. Bei jeder Tarifverhöhung ist der Kampf über die Erhöhung der Arbeitspreise im gleichen Verhältnis wie die Erhöhung für die Lohnarbeiter ausgetragen. Der Ziegler wird mehr und mehr Bedienungsmaß. In einer Stützstelle ist festgestellt, daß Betriebe bis zu 50 Beschäftigten zu 50 Betrieben über 50 Beschäftigte zu 2% technisiert sind. Es sind Bemühungen im Gange, Betriebe, die nicht mehr leistungsfähig, also technisch rückständig sind, stillzulegen. Sie sollen aber von den noch im Betrieb befindlichen Ziegelfabriken, welche 1.50 bis 2.50 RM pro 1000 Steine ausmachen soll.

Die Erwerbslosigkeit in der Ziegelindustrie wird immer größer. Die Unwirtschaft auf die Erwerbslosenunterstützung haben ungefähr 10.000 Ziegler nicht erworben, weil sie in sehr vielen Fällen eine sechsmonatige versicherungsfähige Beschäftigung innerhalb zwölf Monaten nicht nachweisen können.

Ein weiterer Faktor muss noch erwähnt werden, daß die immer mehr und mehr anblühende Kalksandsteinindustrie. Der Kalksandstein kann erstens in viel kürzerer Zeit hergestellt werden, und des weiteren ist auch der Brennprozeß ein ganz anderer wie beim Ziegelstein.

Kollege Scheinhardt behandelte den zweiten Punkt der Tagesordnung. Im Jahre 1929 war der Tarif für die Ziegelfabriken erst sehr spät abgeschlossen. Berücksichtigt hatte ihre Produktion schon eingestellt. Dieser Vertrag läuft bis zum 31. März 1930. Es ist heute die Frage zu prüfen, ob dieser Vertrag gekündigt werden soll oder nicht. Im Jahre 1930 müßte festgestellt werden, daß eine starke Abstumpfung auf dem Baumarkt erfolgt sei. Wie es auf dem Baumarkt überhaupt aussieht wird, kann noch kein Mensch sagen. Der Ziegeltarif ist einer von den wenigen Tarifen, der bereits im Frühjahr abläuft. Andere Verträge großer Industriegruppen laufen bis Oktober 1930 oder sogar bis Ende des Jahres. Aber trotzdem empfahl Scheinhardt eine Kündigung des Vertrages vorzunehmen, da die Zieglerarbeiter in ihrem Lohnniveau noch gehoben werden müßten.

Nach eingehender Aussprache über das Referat des Kollegen Elzner sowie des Kollegen Scheinhardt beschlossen die Konferenzteilnehmer einstimmig, den Ziegeltarif zu kündigen. Die Kündigung der Forderungen soll von einer Kommission gegeben, welche sich aus Kollegen der Zahlstelle Hannover, Hildesheim, Gladbeck, Minden, Stadt-Hagen, Osnabrück, Alfeld, Gronau und Nienburg zusammensetzt.

Q. Böckel.

Zwei Punkten, die Verhandlungen über die Verlängerung des polnischen Zementabkommens und nunmehr in Lemberg abzuschließen waren. Der Syndikatsvertrag, der alle polnischen Zementfabriken umfaßt, wurde auf weitere sechs Jahre verlängert. Unterhändler während der Verhandlungen zum Ausdruck gebrachte Verhältnisse wurden die Produktionsförderung unter die einzelnen Fabriken aufgeteilt, und der Investitionsplan der Zementindustrie ist entsprechend dem gegenwärtigen Beschaffungsgrad der Betriebe, der im Durchschnitt 10 bis 15 Proz. des technischen Leistungsfähigkeits nicht übersteigt, auf ein Minimum reduziert worden. Man hält einen weiteren Ausbau dieses Industriezweiges nach Lage der Dinge nicht für angebracht, wobei nicht die innere Produktivität eine nennenswerte Belebung erzielt. Was die künftige Handelspolitik betrifft, so sprechen sich die Syndikatmitglieder für die Korrektur der bisher vertratenen Richtlinien aus. Der innere Absatz soll insbesondere durch eine planmäßige Unterstützung der Bauwirtschaft und durch eine zielbewußte Propaganda der Zementverwendung gefördert werden. Planmäßig für den Straßenbau wird die Herstellung von Betondecken eifrig propagiert, wodurch der einheimischen Industrie erheblicher Mehrabsatz gesichert werden könnte.

Gärtner und Bahnhöfe

Wochenendkursus für Funktionärinnen im Gau 7.

Der erste Anfang einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft unter uns Frauen. Welche Erwartung, welche Spannung! Wie wird der erste Kursus, der Anfang ausfallen? Wird man sich untereinander verstehen? Wird der Kontakt sofort gefunden werden? Doch wozu diese Gedanken? Wir gehören zusammen, unser Ziel ist das gleiche, und wo diese Voraussetzungen vorhanden sind, ist auch der Kontakt vorhanden. Und es war auch so. Allgemeines Treffen am Sonnabendmittag auf dem Hauptbahnhof zu Dresden. Aus allen Bahnhöfen — insgesamt 68 — des Gaus Sachsen waren Kolleginnen erschienen. Überaus frohe Erwartung, herzliches Begegnen, lustiges Stimmengewirr. Um 12 Uhr ging die Fahrt per Autobus nach Lipsdorf i. Erzgeb. Reden und Gegenreden, frohes Lachen verlängerte die lustige Fahrt. Das traumliche „Du“ war im Raum gefunden. Um 1 Uhr langten wir in Lipsdorf an. Die Natur hatte auch ihr Bestes getan, hatte ihr winterliches Festkleid angezogen. Alles passte zu unserer Freude. Im Hotel Fürstenhof wurde das Essen gemeinschaftlich eingenommen, und dann ging es zur Arbeit, zum Hören und Lernen.

Herr Dr. Gebhardt, Sozialarzt, hielt einen vorzüglichen Vortrag über „Die Frau im Betriebe“. Er schilderte in interessanter und leichtverständlicher Art den Entwicklungsgang der Frau in der Gesellschaft von einst und jetzt, die frühere Arbeitsmethode und die jetzige. Infolge der jetzigen Arbeitsmethode, Rationalisierung, mag mehr denn je auf den Gesundheitszustand der Frau geachtet werden. Herr Dr. Gebhardt machte auf verschiedene Gefahren (Frauenkrankheiten) aufmerksam und gab uns vor allem Richtlinien mit auf den Weg, um uns unsere Gesundheit zu erhalten, um im großen und ganzen ein brauchbarer Mensch der Gesellschaft zu bleiben. Er machte vor allem darauf aufmerksam, was uns die Arbeit in dummen Fabrikräumen nicht, Licht, Luft und Sonne, bedeutet.

Anschließend an den Vortrag des Herrn Dr. Gebhardt sprach Frau Oberreg.-Rat Feilker über „Arbeiterinnen- und Arbeiterschutz“. Sie schilderte in Form von Rede- und Antwortspiel den Verdegang des Arbeiterrechtes in bezug auf Arbeitsordnung, Arbeitsvertrag, Schlichtungsverhandlungen. Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit der Verträge usw. Dabei wußten wir aber bemerken, daß der eigentliche Vortrag, den wir erwarteten, nämlich „Arbeiterinnenschutz“, viel zu kurz weg lag. Hörten wir, daß diese Materie in einer der nächsten Wochenendkurse intensiver behandelt wird, da ja diese Frage eine der Hauptfragen innerhalb der Arbeiterinnenbewegung überhaupt ist. Der Vortrag der Referentin, welcher wohl für viele der anwesenden Kolleginnen Reizland war, war interessant, und man merkte an der regen Diskussion das Interesse aller Hörerinnen.

Nach vierstündigem Vortrag wurde der erste Tag beendet, und wir fanden uns wieder zusammen, um unseren Verbandsfilm „Aufführung“ auf der Leinwand an uns vorbeitollen zu sehen. „Unser Film“ Kollege Brüll saute mit Recht, dieser Film ist unsere Seele, unser Geist, unsere Arbeit, unser Kampf und schließlich doch zuletzt unser Sieg. Möge er allen das geben, was er uns gegeben hat. Es war ein feiner Abschluß des ersten Abends.

Der nächste Morgen fand uns alle wieder frisch und munter bei der Arbeit. Nun hieß es, ein gutes Stück Geschichte, vor allem Verbandsgeschichte, zurückzugeben. Kollegin Baumert, welche zum dritten Punkt: „Die Frauenfrage im Fabrikarbeiterverband“, das Wort hatte, führte uns nach kurzen Ausführungen ihrer, der Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft im Mittelalter in die Zeitzeit zurück und gab uns einen ausführlichen Bericht über die Verbearbeitung in bezug auf die Frauen. Sie schilderte die unendlichen Mühen, die es gekostet hat, um die Frauen für den Organisationsgedanken zu begeistern und ihnen den Weg zur Organisation frei zu machen. Die Frau leidet heute noch durch die jahrhundertelange Unterdrückung und Feindseligkeit an einem gewissen Minderwertigkeitsgefühl. Anwies sie höhere Wertschätzung als Arbeitskraft und als Persönlichkeit erzielt worden ist, zeigte Kollegin Baumert an Hand einiger Statistiken in bezug auf Steigerung der Frauenorganisation in unseren freien Gewerkschaften. Die Frau muß den wirtschaftlichen und politischen Kampf anzunehmen gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus, da sie ja auf Grund ihres Geschlechts mehr darunter leidet als der Mann.

Die Diskussion war eine ziemlich lebhafte und bewies auch hier die Anteilnahmekeit der Hörerinnen.

Im Sonnabendmittag versprechen wir uns wieder nach allen Richtungen Sachens. Es waren zwei genützende, schöne Tage, und ich glaube im Einverständnis unserer dort anwesenden Kolleginnen zu handeln, wenn ich behaupte, daß durch diese Wochenendkurse viele Anerkennungen mit in die Arbeitsstätte, in die Fabriken genommen werden, und daß durch intensiv eintretende drohende Verbearbeitung wohl auch ein Erfolg zu verzeichnen sein wird, so daß diese Wochenendkurse auch den Wert haben werden, welcher damit bezweckt werden soll, nämlich rege Agitation, intensives Arbeiten. Also froh an die Arbeit! E. St.

Gaukongress im Gau 2.

Der Gau 2 hielt am 15. und 16. Februar in Magdeburg seine diesjährige Gaukonferenz ab. Die Konferenz begann am 15. Februar um 14 Uhr mit der Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Tolstoi und Steinele, Magdeburg, betraut.

In der Konferenz nahmen teil: 33 Delegierte aus den Kreisbezirken, 2 Gauleiter und Verbandsvorstande Kollege Albrecht, Lazar, Hasserter.

Kollege Tolstoi eröffnete den Geschäftsbereich. Einleitend behandelte er die augenblicklich herrschende Wirtschaftskrise. Erzählt haben wir im Gau eine Mitgliederzurücknahme zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat sich von 57 432 am Schluss des Jahres 1929 auf 57 553 am Schluss des Jahres 1930 erhöht. Die Abstellen verzeichneten sich nur 2 am 19. Die Zahlen für das anhändige Jahrzehnt sind erhöht worden. In einigen Betrieben wurde auch eine Verbesserung der Arbeitszeit durchgeführt. Das Organisationsberthold ist bewegt sich von 47,6 Prozent auf 52 Prozent. Der Betriebsratssatzung hat der Verband die erste Kurzformuliert gewollt. Auch in der Unionspolitik ist bereits vieles geleistet. Die Bildungsberichterstattungen unserer Mitglieder sind stets gefordert worden. 16 bis 15 Mitglieder sind bei jedem Schließungsklausur in Bereichen von einem Gau zum Amt gekommen. Durch unsere Rechtsberatung werden Rückenreden zu ihrem Rechte verhelfen. Damit wir der vielen Funktionären danken, welche unermüdlich für den Verband wirken. Tolstoi fragt, war weiter so, und ein noch besserer Bericht kann im nächsten Jahre erwartet werden.

Kollege Bitterfeld, röhnte aus, die Arbeitgeber der chemischen Industrie müssen für Sonntagsarbeit in kontinuierlichen Betrieben keinen Abzug zahlen.

Kollege Bitterfeld, war die Risse und ihre Ursachen im Betriebsbericht nicht deutlich genug behandelt.

Kollege Hauptvorstand erläuterte, warum der Verbandsvorstand Gelder in Katastrieruntersuchungen investiert hat. Zur

Jugendfrage belontete er, daß wir keine neuen Konkurrenzorganisationen gründen wollen. Wir wollen den Jugendlichen nur wirtschaftliches und gewerkschaftliches Wissen beibringen. Jugendbelehrung wollen wir treiben! Nur geeignete Funktionäre dürfen mit der Betreuung der Jugend ausgewählt werden.

Tolstoi, Dessau, meint, wir leiden an einer Nebenorganisation für die Jugend.

Es sprachen weiter Heustel und Bassinner, Wittenberg. Lücke (Gauvorstand) beantragte Entlastung für die Gauleitung. In seinem Schlusswort ging Tolstoi auf die einzelnen Diskussionsredner ein.

Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Auch der Bericht der Mandatserfüllungskommission, welchen Zwachmann, Halle, erstattet hatte, wurde genehmigt.

Dann erstattete Krause, Bitterfeld, den Bericht von der letzten Beiratssitzung in Hannover.

Nach diesem Bericht wurden die Verhandlungen auf Sonntag fortgesetzt. Pünktlich 9 Uhr wurden am Sonntag früh die Verhandlungen wieder fortgesetzt. zunächst hielt der Vorsteher des Arbeitsamts Magdeburg, Genosse Steinke, einen Vortrag über die Arbeitslosenversicherung. Nedner schilderte



die Kämpfe um dieses Gesetz und die Einführungnahme der Gewerkschaften auf seine Gestaltung. Im Jahre 1929 drehte sich der heiligste Kampf um dieses Gesetz. Dann schilderte Steinke eingehend die Änderungen des Gesetzes seit dem 1. November 1929. Besonders die Auslegung des § 89a in einigen Arbeitsämtern gibt Anlaß zur Kritik. Die Mitwirkung aller Gewerkschaftscollegen mag dahingehen, daß allen Unterstützungsberichterstattern auch die Unterstützung gewährt wird. Reicher Beifall belohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Auf Antrag Wiedenbeck, Helmstedt, wurde von einer Aussprache Abstand genommen.

Rumehre erfolgte die Erstaufführung unseres Verbandsfilms. Einleitend schilderte Verbandsporträtsender Karl das Werk des Films. Er soll ein neues Werkzeug für den Verband sein.

Nach Beendigung der Mittagspause referierte Kollege Karl über die Ausbildungunterstützung. Anspruchsberichtet ist, wer nach der Reichsberufserziehungsordnung Ausländer ist, und zwar mindestens mit 66% Proz. Ausnahmen gibt es nur für solche Mitglieder, die keine verpflichtungspflichtige Beschäftigung gehabt haben. Bei solchen Mitgliedern muß durch einen Vertrauensarzt die Erwerbsunfähigkeit bestätigt werden. Sonst können Ausnahmen nicht zugelassen werden.

Wir unterscheiden: tatsächlich geleistete — und errechnete Bruttobeiträge. Die Errechnung erfolgt nach der Höhe der geleisteten Bruttobeiträge in den letzten 260 Wochen. In der ersten Februarwoche hatten wir bereits 7502 bewilligte Anträge, davon entfallen auf Gau 2 933 Anträge. Die monatliche Rente beträgt vor Zeit von Monat rund 70 000 RM.

In der Sitzung zu den Referaten Krause und Karl (Fachgruppe Frau), Magdeburg; Wedemann, Altenberode; Meier, Hornburg; Karl (Hauptvorstand); Magdeburg; Höhnemann, Lingen; und Breitfeld, Bitterfeld. In ihren Schlußworten antworten die Referenten auf die in der Diskussion vorgebrachten Vorfälle.

Zu einem dreijährigen Hoch auf den Verband wird die Konferenz um 17 Uhr 15 Minuten geschlossen. Gau d.

Berlin, Jahresgeneralversammlung.

Am 16. Februar 1930 hielt die Zabstelle Berlin ihre Jahresgeneralversammlung ab. Kollege Küller ging zunächst auf die Deutschnationalen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ein, die die Überschrift trägt: „Aufstieg oder Niedergang“, und stellte seinen Ausführungen als Leitmotto voran: „Aufstieg oder Niedergang der freien Gewerkschaften!“

Er sagte auf, wie notwendig es für die Arbeiterschaft sei, große, starke und disziplinierte Gewerkschaften zu haben, angenommen der Angabe, die wieder in erhöhtem Maße gegen die Gewerkschaften gerichtet werden. Rämonisch mit den kommunistischen Parolen und Vereinbungen gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre ging er schärfer ins Gericht. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Betriebsratswahlen streng nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftscongreses im Zabstelle durchzuführen seien, und daß jeder Kollege, der dagegen verstößt, den Ausschluß aus der Organisation zu erwarten hat. Nachstehende Entschließung stand gegen 6 Stimmen Anzahl:

Die am 16. Februar 1930 tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zabstelle Berlin, richtet den dringenden Appell an alle Mitglieder, angesichts der Angriffe, die jetzt von verschiedenen Seiten gegen die freien Gewerkschaften gerichtet werden, einzutreten und geschlossen nicht nur für die Erhaltung, sondern für Aus- und Aufbau unseres Verbandes einzutreten und zu wirken. Spaltungsversuche, von welcher Seite sie auch vorgenommen werden, sind mit allen Mitteln abzuwehren.

Die Betriebsratswahlen sind streng nach den Grundsätzen der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftscongreses durchzuführen und nur freigewerkschaftliche Kandidatenlisten aufzustellen.

Das Zusammengehen mit Unorganisierten ist mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Als nächsten Punkt behandelte Müder die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen. Er verurteilte avis schärfste die völlig verschuldeten Sparmaßnahmen, die namentlich durch die Politik Schachts veranlaßt wurden. Er forderte zur Befreiung der Arbeitslosigkeit unter anderem Belebung des Baumarktes und Verkürzung der Arbeitszeit. An die Kollegen richtete er den Appell, Nebenstunden soweit wie irgend möglich zu vermeiden.

Weiter kam er eingehend auf die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes zu sprechen. Von der Lohnbewegung in der chemischen Industrie ausgehend, wies er nach, daß Tarifverträge für die Arbeiterschaft erziehenswert seien, daß aber andererseits jeder verpflichtet ist, diese auch zu respektieren. Darum sei die Anforderung der KPD-Gewerkschaftszentrale, die Tarifverträge zu durchbrechen, ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Eine von ihm eingebrachte Entschließung, die einstimmig Annahme fand, hat folgenden Wortlaut:

Die am 16. Februar 1930 tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zabstelle Berlin, verfolgt mit wachsender Begeisterung die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Die Erhöhung der Tarife für Gas, Licht, Wasser und alle Betriebsmittel hat zu einer ganz erheblichen Senkung des Realinkommens der Arbeiterschaft geführt, die zur Zeit nicht in der Lage ist, hierfür einen Ausgleich zu schaffen, da in den meisten Industrien die Tarifverträge noch bis Ende des 3. Quartals 1930 laufen.

Die Generalversammlung ist sich klar darüber, daß es bei der sozialpolitischen Einstellung der Arbeitgeberverbände zwecklos wäre, zwischenaristische Lohn erhöhungen zu fordern; die Arbeitgeber würden diese, gestützt auf die geltenden Tarife, ablehnen.

Die Verbandsleitung wird jedoch aufgefordert, alle Tarife zum ersten möglichen Termint zu kündigen und nur neue Tarife einzuführen, in denen Löhne vereinbart werden, die es der Arbeiterschaft ermöglichen, den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht zu werden.

In der Diskussion glaubten zwei Nedner der sogenannten „Opposition“ den Nachweis zu erbringen, daß sie Beauftragte der KPD seien. Deswegen stießen sie auch auf den heftigsten Widerstreit der überwiegenden Mehrheit der Versammelten. Der zweite Nedner mußte einem Sturm der Entrüstung weichen, als er die Versammelten als Denunzianten bezeichnete. Er wurde am Weiterreden verhindert.

Die Kollegen Schwelow, Thomas und Müder rechneten mit diesen beiden KPD-Helden gründlich ab.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wieder gewählt. K. Prinz f.

Marktredwitz, Jahresgeneralversammlung.

Am 15. Februar, nachmittags, tagte im Gewerkschaftsheim „Goldener Adler“ die Generalversammlung der Zabstelle Marktredwitz mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsberichte, 2. Bestätigung der Ortsverwaltung, 3. Verdienstes.

Kollege Lindner, Marktredwitz, gab einen instruktiven Geschäftsbericht vom Jahre 1929. Dass in allen Betrieben im Bereich der Zabstelle war längere oder kürzere Kurzarbeit zu verzeichnen; eine Besserung dieser ungünstigen Lage ist auch im neuen Jahre noch nicht eingetreten. Auch die Unternehmer nutzten die Notlage der Arbeiterschaft weidlich aus; trotz ihrer brutalen Methoden, die sie zur Anwendung brachten, konnten sie keines der geforderten Zielen erreichen. Die Folge war eine innere Festigung und Konzentration der Gewerkschaften. Vor dem Arbeitsgericht kamen im vergangenen Jahre 21 Klagen zum Austrag; die größte Anzahl endete mit einem Erfolg der antragstellenden Arbeitnehmer; die erzielte Gesamtsumme betrug 5052,70 RM. Die Anzahl der abgehaltenen Versammlungen innerhalb der verschiedenen Sparten betrug im Geschäftsjahr 40, die der Sitzungen und Verhandlungen 74. Der Mitgliedsstand war am Ende des Jahres 3272, und zwar 175 männliche und 1497 weibliche. Auf die einzelnen Sparten verteilen sich die selben folgendermaßen: Porzellan 745 männliche, 868 weibliche; Glas 352 männliche, 48 weibliche; Grobheranfertigung 678 männliche, 581 weibliche. 50 Auszüchter stehen 188 Neuausnahmen gegenüber. Eine größere Anzahl Nachfolger, die nach erst erfolgter Hilfe es nicht mehr für notwendig hielten, weiter Marken zu kleben, mußten gestrichen werden. Viele Wirtschaftskrisen sind in den wenigen Wochen dieses Jahres schon wieder 26 Neuannahmen zu verzeichnen. Unverhüllt soll auch nicht bleiben, daß in einem bisigen Betrieb eine größere Anzahl von christlichen Arbeitern auf den Weg zu unserer Organisation fand.

Die Anzahl der verkauften Marken betrug 145 849 mit einem Betrag von 129 666,90 RM. An die Hauptfasse wurden 31 705,53 RM überwiesen. Eine enorme Höhe erreichten in diesem Notjahr die Ausgaben für soziale Zwecke der Zabstelle. An die erwerbstätigen Mitglieder des Verbandes kamen 20 267,75 RM zur Auszahlung, an fränkische Mitglieder 22 949,45 RM. Der Kassenbestand der Zabstelle hat sich im Geschäftsjahr von 16 724,13 RM auf 21 928,23 RM erhöht. Nur ein kleiner Teil desselben ist flüssig, der größere Teil desselben ist in werbungslosen Projekten angelegt. Mit Predigtreden wurde die Mitteilung zur Kenntnis genommen, daß im Bereich der Zabstelle kein Betrieb ohne Betriebsvertretung ist. In der größten Anzahl der anständigen Betriebe ist das Lohn- und Arbeitsverhältnis in festen Reichstariaten verankert, die auch von den Firmen so ziemlich eingehalten wurden. Nur eine Firma, die Glashütte Lippendorf, Hohenstein, nutzte in dieser Sache einige Male vor den Schließungsausschuss aktiviert werden. Befremden erregte es, als festgestellt wurde, daß ein besitzer Betrieb (Chemie), ohne daß Auftragsmangel vorhanden wäre, infolge Familienstreitigkeiten fast völlig darniederlag. Der Bildungs- und Kulturverein wird besonders Augenmerk zuwenden. Bildungsverträge werden abgehalten, Voraussetzung ist aber, daß ihnen von den Mitgliedern auch das notwendige Interesse entgegengebracht wird. Trotzdem der Stand der Zabstelle kein schlechter ist, könnte es noch in manchem besser sein. Den Kollegen, die ihre Kraft zur Verfügung stellen, gebührt der Dank ihrer Organisation.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erfolgte die einstimmige Bevorzugung der in die engere Verwaltung der Bezirkszahlstelle fühlenden Kollegen. Dieselben sind: Damml, Kiefer, Panzer, Poppert, Pöber, Karban und Schreiner. An der nun zu Punkt 1 und 2 einleitenden Diskussion der Debatte wurde dem Kapitel "Gewerkschaftsjugend" erwidert: verlangt wurde von allen Rednern, daß dieser Spezialfrage in nächster Zeit größte Aufmerksamkeit zugewendet werden müßt.

Eine Nummer von Anregungen wurde den Unterklassierern der Zahlstelle gegeben, um die Zahl der mit ihren Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder nach Möglichkeit zu verringern. Erfolgend wurden besonders noch einmal all die unerwünschten Vorgänge im vergangenen Jahr behandelt, erfreulicherweise aber in sehr objektiver und kollegialer Form. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit innerer Zusammenarbeit betont, um die Zahlstelle wieder auf die Höhe zu bringen. Geist.

Tirschenreuth, Jubilarehrung.

Am 16. Februar 1920 hatten sich die Mitglieder der Zahlstelle Tirschenreuth mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich in der Arbeiterhalle zusammengefunden, um ihre 16 Mitglieder, welche 25 Jahre und darüber dem Verband angehören, zu ehren.

Die Jubilarfeier, verbunden mit Familienunterhaltung, wurde durch die Ministranten des Arbeitergefangenvereins Wossach, der Kapelle Danzig, sowie durch einzelne Gesangsvorträge verschönert.

Als Vertreter des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes war Kollege Miertschke, Berlin, für den Gau A. Kollege Krebs, Marktredwitz, anwesend. In einer Ansprache an die Jubilare und Anwesenden trug der Vertreter des Verbandes, Kollege Mierschke, mit überzeugenden Worten zur Fürbündigung dieser Feier mit bei. Nach Übermittlung der herzlichsten Glückwünsche des Hauptvorstandes, des Keramischen Bundes, der Geschichte der freien Gewerkschaftsbewegung am Orte und im allgemeinen vorüberziehen. Vor allem galt sein Mahnwort den jüngeren Kollegen und Kolleginnen, von denen er verlangte, daß sie Schüler an der Seite unserer alten Pioniere für die freie Gewerkschaftsbewegung weiter kämpfen, mit gleichem Geist und gleicher Freude den Weg zu ebnen für das Wohl und den Aufstieg der Arbeitersklasse. Mit diesen Gedanken beflügeln wünschte er die Jubilare mit ihren Frauen für die erwiesene Treue; mit einem Hoch auf die Organisation schloß Kollege Mierschke. Anschließend stand die Ehrung der Jubilare, Pleiter, Hugo, Kastl, Menzel, Liebmann, Lito, Peter, Andreas, Käsecker, Anton, Reiß, Eduard, Meher, Julius, König, Johann, Sladky, Johann, Frankl, Hoffmann, Franz, Strela, Gottlieb, und Hecht, Josef, denen der Hauptvorstand ein kunstvoll ausgestaltetes Diplom und die Zahlstelle ein kleines Geschenk überreichen ließ.

Hierauf dankten im Namen der Jubilare die Kollegen Pleiter und Käsecker, wobei sie erwähnten, daß sie es als ihre Pflicht erachten, für das Gemeinwohl der Menschheit weiter mitzuarbeiten. Der weitere Verlauf der Familienunterhaltung war schön und gemütlich. Alzu früh sind die Stunden verflossen, und wird allen Besuchern die Feier in Erinnerung bleiben.

Alouis Weininger.

Gräfenthal, Generalversammlung.

Die Delegiertengeneralversammlung der Bezirkszahlstelle Gräfenthal tagte am 28. Februar im Braustubl Gräfenthal. Anwesend waren 33 Delegierte (darunter eine Kollegin). Den Geschäftsbericht, der auch zum erstenmal den Delegierten schriftlich ausgehandelt wurde, erstattete Kollege Kohlschütter. Er konnte in seinen Ausführungen berichten, daß im Jahre 1920 eine Mitgliedszunahme von 300 zu verzeichnen war. Im einzelnen schilderte Kollege Kohlschütter die Tarifbewegungen im verflossenen Jahr und erläuterte all die Gründe, warum nicht bessere Erfolge zu erzielen waren. Weiter wurde festgestellt, daß im bisherigen Bezirk von einzelnen Unternehmern der Tarif nicht beachtet wird. In einem Betrieb (Weißföhrt, Gräfenthal) besteht heute noch die Papiermarktrechnung trotz schiedsgerichtlicher Entscheidung, die Goldmarktrechnung einzuführen.

Auf die Betriebsratswahlen wurde besonders hingewiesen. Vor dem Arbeitsgericht wurden 13 Kollegen mit Erfolg vertreten. In vier Fällen wurde das Gauschiedamt angerufen, 15 Verhandlungen und Versprechungen mit den Unternehmen verhinderten Entlassungen und Preiszurücknahmen. In 140 Fällen wurde den Kollegen und Kolleginnen Rat und Auskunft über arbeitsrechtliche Angelegenheiten erlest. Sprechstunden sind in den Ortschaften des Zahlstellengebietes eingeführt worden.

Aus dem Tätigkeitsbericht war zu erkennen, daß die Bewilligungen der Verwaltung, bessere Büroräume zu schaffen, erfolgreich waren. Mit Unterstützung des Hauptvorstandes und der Gauleitungen wurde in Gräfenthal ein Eigenheim errichtet. Die Jugendbewegung innerhalb des Verbandes wird mit Interesse verfolgt und soll auch in unsere Zahlstelle Eingang finden.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahme und Ausgabe der Haushaltskasse mit 28 403,74 RM balancierte. In Unterstützung wurde an die Mitglieder ausgedehnt: für Arbeitslose 3295,95 RM, für Kranken 2519,70 RM. An Sterbegelder, Umzugsgelder und Notlageunterstützungen wurden zusammen 542 RM herausgegeben. Die Lokalkasse balanzierte mit 12 624,72 Reichsmark in Einnahme und Ausgabe. Den Revisionsbericht erstattete Kollege Hartmann. Einstimmig wurde dem Kollegen Kohlschütter Entlastung erteilt.

Die darauffolgende Diskussion war sachlich und anteilig. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmitglieder; zur Erweiterung der Verwaltung wurde ein Kollege aus Reichsmannsdorf hinzugeholt.

Zum Schlußwort konnte Kollege Kohlschütter feststellen, daß bei allen anwesenden Delegierten der Wille zur sachlichen Mitarbeit für den Verband vorhanden war.

Rudolstadt, Generalversammlung.

In der Delegierten-Generalversammlung unserer Zahlstelle, die am 16. Februar 1920 im Konferenzzimmer der Zahlstelle stattfand, waren 47 Vertreter (darunter 2 Kolleginnen) anwesend.

In seinem Jahresbericht schilderte Kollege Liebchen ausführlich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage des Jahres 1920. Infolge der allgemeinen Geschäftsblockade waren die Mitglieder unserer Zahlstelle ganz besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auf Grund der im Frühjahr eingeleiteten Wohnbewegungen konnte für alle Branchen ein Erfolg gebucht werden. Durch Klagen vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht kommt insgesamt der Betrag von 3931,50 RM für unsere Kollegen herausgeholzt werden. Hierzu machen sich 42 Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht nötig.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Siegel. Aus dem Bericht war zu erkennen, welche Mittel für soziale Unterstützungen ausgegeben wurden; hierzu wurde der Betrag von 42 956,60 RM veranschlagt. Infolge der Unterstützungsrichtungen wurde so manchem Mitglied über die größte Not geholfen. Ganz besonders wissen die invaliden Mitglieder den Wert der Organisation infolge Einrichtung der Invalidenunterstützung zu schätzen.

Die Haushaltskasse balanciert mit 98 899,23 RM, die Lokalkasse mit 39 512,19 RM. Den Revisionsbericht ermittelte Kollege Schreyer; sein Antrag auf Entlastung des Auskellers wurde angenommen. Im Anschluß an die Berichte entspannte sich eine lebhafte Diskussion, die vom Kollegen Hauffe durch Aufzug der Wossauer Grammophonplatte eingeleitet wurde. Da Hauffe die Absicht hatte, die Versammlung zu trennen, mußte ihm durch Weichsel das Wort entzogen werden.

Kollege Liebchen gab ihm im Schlußwort die gebührende Antwort.

Unter Punkt "Wahl der Ortsverwaltung" entzog sich eine längere Aussprache. Die Liste Amsterdam wurde mit 35 Stimmen gegen 7 Stimmen, die auf die Liste Opposition sprich (SPD.) entfielen, gewählt. Somit ist das bisherige Verwaltungsmittel, Richtung SPD., dank dem Auftreten des Kollegen Hauffe, ausgeschieden worden. Damit hat die Mehrheit der Mitglieder bewiesen, daß sie nicht genügt ist, den Verband zu einem kommunalpolitischen Zentrumplatz zu machen.

Mit der Aufforderung, alles daranzusehen, die Organisation weiter ausbauen zu helfen, um den Moloch Kapitalismus zu besiegen, schloß Kollege Liebchen die Versammlung.

Literarisches.

"Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des binnigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. — Rund um die Erkrankung rum ... ist das Thema für die Februar-Nummer der "Gesundheit", der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgebrachte Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des binnigen Volkes.

"Die Neue Truppe" ist ein Unternehmen, das die Sprechmaschinen-Schallplatten vertreibt. Die genannten Sprechmaschinen kosten 75 bzw. 86 RM, die Schallplatten, 25 cm im Durchmesser, 3,50 RM. Die Schallplatten enthalten Texte und Musikstücke für Arbeitserfestlichkeiten und Veranstaltungen. Bestellungen nimmt die Verlagsgesellschaft des ADGB w. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 6a, entgegen.



Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 BGB. in Verbindung mit § 14 BGB. 5 des Verbandsstatus die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Bremen: Wilhelm Schmidt, Buch-Nr. 520 995; Kurt Jahn, Buch-Nr. 902 299; Worms: Wilhelm Vogel, Buch-Nr. 923 608; Greifswald: Paul Becker, Buch-Nr. 377 161; ferner auf Grund des § 14 BGB. 3a die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Mainz: Christian Groß, Buch-Nr. S 11 180 617; Zwickau: Franz Blechmidt, Buch-Nr. 435 649; Halle (Saale): Willi Kunz, Buch-Nr. 960 778; Willi Otto, Buch-Nr. 48 864; Karl Mitzke, Buch-Nr. 789 649.

Gesucht

wird der Ziegler Wilhelm Thaler, geboren am 30. September 1869 in Lenigo, zuletzt wohnhaft in Meisdorf. Angaben über den Aufenthalt Thalers erheben an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Hagen, Weststraße 6.

Betriebsräte und Hausindustrie.

Mit Veränderung der Staatsform 1918 sind alte Hemmungen für sozialpolitische Fortschritte gefallen. Die Bahn wurde frei für eine unbefristete Neuregelung der Arbeitsverhältnisse. Neben der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen sollte auch dem Herd alfabelterner Missstände in der Hausindustrie zu Leibe gegangen werden. Von diesem Wollen war die Gesetzgebung durchdrungen. Freilich ist das Wollen nicht allgemein zur Tat geworden. Anstatt das Ziel zu verfolgen, daß alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes sinngemäß auf die Heimindustrie angewendet sind, ist für die Heimindustrie eine Art Sonderrecht mit sehr vielen Lücken entstanden. Dieses Sonderrecht wirkt in seiner Unvollkommenheit heute in der Praxis in vielen Fällen sogar gefährlichend für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

Man hat die Hausarbeit auch in das Betriebsrätegesetz verantwert. Auch hier kann nur eine Unvollkommenheit festgestellt werden. Die §§ 3 und 11 BGB. legen davon Zeugnis ab:

S 3 BGB.

In Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende (§ 119b GL.) beschäftigen, welche in der Haushalte für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß ein besonderer Betriebsrat für die Hausgewerbetreibenden errichtet werden.

S 11 BGB.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die im Dienste anderer gegen Entgelt oder als Lehrlinge beschäftigten Personen, mit Ausschluß der Angestellten.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind ferner, die in der Gemeinde des Betriebes oder in wirtschaftlich mit ihr zusammenhängenden, nahe bei ihr liegenden Gemeinden wohnenden Hausgewerbetreibenden (§ 3), welche in der Haushalte für denelben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen.

Ist für diese ein besonderer Betriebsrat gemäß § 3 zu errichten, so scheiden sie als Arbeitnehmer aus der Zahl der im Betrieb Beschäftigten aus.

In beiden Paragraphen hat der Gesetzgeber bestimmt, auch die Hausgewerbetreibenden neben den Betriebsarbeitern oder auch ohne dieselben als selbständige Betriebsrat an der Betriebsvertretung teilnehmen zu lassen. Untersucht man die oben zitierten gesetzlichen Bestimmungen (§§ 3 und 11 BGB.), so stößt man auf Schwierigkeiten, die dergestalt sind, daß die Betriebsvertretung für viele in der Hausindustrie beschäftigte Personen illusorisch gemacht wird.

Im Zusammenhang des Gesetzestextes nach der Hausarbeitsrechtspraxis kann Hausgewerbetreibender nur derjenige sein, der neben seinen eigenen Familienangehörigen auch fremde Hilfskräfte beschäftigt, die bei ihm in einem Arbeitsvertragsverhältnis stehen. Diese Rechtsaussöhnung geht aus dem § 119b GL. hervor. Da können Hausgewerbetreibende, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Ende beziehen, den Hausarbeiter steile gestellt werden. Nun sind aber nach den Bestimmungen der §§ 3 und 11 des Betriebsrätegesetzes nur solche Personen der Hausindustrie wählbar oder wahlberechtigt, wenn sie selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen und in der Haushalte für einen Betrieb Heimarbeit verrichten, d. h. daß nur diejenigen in der Hausindustrie beschäftigten Personen im Sinne des BGB. wählbar und wahlberechtigt sind, wenn sie mit dem § 1 des BGB. in Verbindung gebracht werden können.

Das hat der Gesetzgeber zwar nicht ausgedrückt, aber die Praxis läuft darauf hinaus. Es ist daher verwunderlich, daß anstatt der Bezeichnung "Hausarbeiter" die Bezeichnung "Hausgewerbetreibender" Platz gegriffen hat. Wenn schon die Bezeichnung "Hausgewerbetreibender" im Gesetz enthalten ist, dann sollte man auch den Hausgewerbetreibenden das Recht geben, im Sinne des BGB. wählbar und wahlberechtigt zu sein.

Die Zahlstelle

Schönebeck u. d. Elbe

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit allen eingeholigen Verbänden und Büroarbeiten vertraut, ebenso rednerisch und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Bedingung: Mindestens fünfjährige Verbandszugehörigkeit. Der Bewerber ist eine handelsrechtliche Schilderung des Lebenslaues sowie der bisherigen Tätigkeit in der Arbeitserziehung beizufügen; außerdem ist eine ideale Beantwortung der Frage: "Wie ist eine Zahlstelle am besten zu führen?" erwünscht.

Reichtum wird aus einer ernste Kraft. Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift "Bewerbung" bis zum 21. März 1920 einzuzenden an den Kollegen Karl Tolstji, Magdeburg, Betriebsvertrag 1/2 III.

Die Zahlstelle

Bitterfeld

sucht einen

tüchtigen Agitationsleiter.

In Frage kommt nur eine 1. Kraft. Bedingung für die Anstellung ist eine fünfjährige Mitgliedschaft in unserem Verband.

Die Bewerber müssen neben der handelsrechtlichen Bewerbung eine reiche Erfahrung über

1. eine Lebenslauf.
2. eine Niederschrift über die bisherige Tätigkeit in der Arbeitserziehung.
3. einen Aufsatz über das Thema: "Wie ist die Agitation in einem großen Industriebetrieb erfolgreich zu gestalten?"

Die Anstellung erfolgt nach den vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 15. März d. J. mit der Aufschrift "Bewerbung" zu senden an:

G. Krause, Bitterfeld, Steinstraße 3.

Gebundene Exemplare

"Keramischer Bund"

1920

können zum Preise von 7.— RM beim Verlag

Der Verlag.

Arbeitsmarkt.

Junger verh. Maschinen-Glasmaulader, auf Schiller- u. Kuhlermaschinen bestens eingearbeitet, sucht Stellung. Wohnungsbewilligung. Angebote sind zu richten an den Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Gladbach, Am Bahnhof 5/4.

Glasmaulader, verh. sucht sofort Stellung. Gingearbeitet aus Großzeug, Lampenzylinder, Grubenzyylinder, Herstellung von farbigen Zylindern sämtlicher Größen für Signalscheiben und Signallaternen. Angebote sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Goslar, Bergstr. 6.

Der § 3 des BGB. insbesondere weist auf den § 119b GL hin. Damit dürfte gezeigt sein, daß der Gesetzgeber die Personen des § 119b GL wählbar und wahlberechtigt im Sinne des Betriebsrätegesetzes machen wollte. Im § 119b, § 162 BGB. sowie § 5 AGG. werden alle Hausgewerbetreibenden den Arbeitnehmern gleichgestellt. Das Betriebsrätegesetz schafft trotz der Bezeichnung "Hausgewerbetreibende" diese aus. Damit wird der § 119b GL, auf den verwiesen ist, sowie § 162 BGB. und § 5 AGG. im BGB. nicht wahr gemacht. Wählbar und wahlberechtigt sind nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in der Hausindustrie nur solche Personen, die unter den Begriff "Haus" oder "Heimarbeiter" fallen. Für sie muß eine Betriebsvertretung gewählt werden. Das Urteil vom 1. Februar 1920 und die daraus folgende Verordnung vom 21. April 1920 machen es den Unternehmern, Haus- und Heimarbeitern zur Pflicht, für die Haus- und Heimarbeiter eine Betriebsvertretung zu schaffen. Der § 3 BGB. spricht dieses "Muß" aus.

Wie wichtig die Betriebsvertretung für die Haus- und Heimarbeiter ist, geht aus einer Entscheidung hervor, die unlängst vom Frankfurter Arbeitsgericht gefällt wurde. Die "Vollstimme", Frankfurt a. M., sagt in ihrer Nr. 19 vom 23. Januar 1920 folgendes dazu:

Gehören Heimarbeiter zum Betriebe?

Über die Frage, ob Heimarbeiter selbständige Unternehmer oder Angehörige des Betriebes sind, in dem sie beschäftigt werden, hat das Frankfurter Arbeitsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt.

Die Frankfurter Filiale eines Unternehmens für Herrenfragen an, nachdem der Betriebsrat ihren Einspruch für berechtigt erkannt hatte.

Vor dem Arbeitsgericht bestritt die beklagte Firma, daß die Kläger überhaupt ein Einpruchsrecht gegen ihre Entlassung hätten, weil die Kläger Heimarbeiter und als solche selbständige Unternehmer gewesen seien. Der Vertreter des Verbandes für das Bekleidungsgewerbe, der für die Entlassungen die Klagen durchführte, behauptete dagegen zur Begründung der Klagen, daß die Leute seit Jahren von der Firma regelmäßig mit notwendigen Abänderungsarbeiten gek

UNTERHALTUNG

WISSEN

Im letzten Wagen.

Von Leonhard Frank

(Nachdruck verboten.)

V.

Eine Mutter, die sich angenehmen und heiteren Lachen hatte, läßt die Fäden ziehen den Pfeilen waren immer füllig geworden, blieben ganz aus. Ein alte Menschen durchdringendes, überwundenes, rauhendes Fleisch, altes ewiges in seine lebte Höhe hinunterziehendes Menschenleben, begleitete den Abfahrt. Double Schienenzüge, daß der Wagen trachte und hochsprang.

Der Universitätsprofessor grüßt mit beiden Händen immer wieder an die Schläfen; er hüßte daß Grauen falt in den Schläfen; er lag vor Todesangst die Todesangst fort, beriet seine Wohnung im Villenviertel, das ansteckende Arbeitszimmer, legte sich in den Schreibtisch. Der Komponist leuchtete grün auf.

Übermäßige Sehnsucht nach dem Leben ließ den Bankier zu der Tafelkarte aus dem pünktlich einkehrenden Zug aussteigen.

Der alte Geistliche lebte zeitweise nicht mehr, hatte zeitweise ein lebhaftes Gefühl. Zwischen durch riß der Lebenswillen ihn wieder hoch in das Ersticken.

Bei der Tür stand der Vorstudient und glotzte mit glanzenden Augen traurig auf die, welche die weiteren waren und besser würden als er, was zu seichten habe zu seiner Rettung. Er bekam keine Antwort.

Geister rann aus dem Munde des Chefredakteurs. Durch das verdeckte Auge der Schwangeren durch stürze der Kurzwarentreiber zum Fenster, ausenthaltslos zurück in den Gang und sofort in das Nebenzimmer. Von Abteil zu Abteil. Von der Stirnwand zur Rückwand. Hin, her. Es gab keinen Ausgang.

Hinein in das Abteil, wo Staatsanwalt, Richter und Spiegel standen, aus Gedächtnis und aneinander gesammelt, hin- und hergeschleudert.

Das Gefühl der Schwangeren war grün geworden. Die Wehen hatten begonnen.

Auf ihrer Schulter lag noch von früher die Hand, die sich vom Arme des Bankiers trennen zu haben, losgelöst und selbständig auf der Frauenschulter zu liegen schien; denn der Bankier glotzte aus die Tafelkarte, wo der Zug eben und immer wieder eben ordnungsgemäß einsetzte.

Die Waldschule der Arbeitervölker werde er finanzierten. Das war ein Gelübde.

Jeder hat sein Gelübde. Jeder hatte sein Gelübde schon gelesen und wiederholte und vergaß es.

Der Arbeiter hatte zeitlebens gearbeitet, um essen, und gegessen, um arbeiten zu können.

Die Mutter bleibt für die Herrlichkeit Woche auf dem Platz. Die Herrlichkeitsschönheit dem jungen Söhnchen der Mutterin, das dabei kostet, ein Stück frisches weiches Brot, das mit Butter bestreut. Immer wieder taucht dieses schöne Kindheitserlebnis auf: Woche weiß, Brot weiß, Butter weiß. So wie sie ist. Immer wieder. Und verschlägt. Schneller noch, als der Wagen taktvoll fährt.

Und etwas nach rückwärts. Das war ein Bahnhof? Alm-

hütte eine Station? gewesen.

Grüne Mäntel, hellen. Weißer Wasserfall. Ein Gieb-hag. Mit noch verstaubtem Knallen über eine kleine Eisenbrücke. Wald. Noch eine Brücke. Grüne Mäntel. Gelb: Gruppe weidender Kühe gewesen.

Dem Tempo eines Zuges kann jede Melodie untergelegt werden, für das Tempo dieses Gefäßes gab es keine Schienenverbindungen, die den Grundrast für ein Lied hätten bieten können.

Die Landschaft sprach.

Niemals mehr war in den Abteilen. Alle im Gang. Männer schreien unheimlich. Suchten die Rettung. Nur die schwerdurchdrückte Schwangere sah verlassen und höhnend, halb liegend auf der Bank.

Der Arbeiter horchte noch. Er horchte auf das kreischende, rauhende Fleisch. Dachte noch. Er dachte: der Wagen muß jeden Augenblick zu brennen beginnen. Sicherlich brennen! Da grüßt der Tod in den rasenden Wagen und erdrückte die Hoffnung, die noch so groß wie das Leben und schon so winzig wie ein Staubkörnchen gewesen war: Der Bankier hatte mit seinem Blick den Biadukt gesehen.

Seine Lippen formten noch: "Der Biadukt." Brüllten: Biabellie auf allen Bieren, stieß keifende Tierschreie aus.

Alle erblickten in einem blauen Blüte, der jede Hoffnung erlosch, den in die Luft hineingebauten Biadukt, fünfhundertzwanzig Meter über der Talsohle, den tödlich engen Kreis, aus dem der rasende Wagen herauspringen mußte. Mußte!

"Biadukt!"

Das waren die letzten Laute menschlicher Sprache, überbrüllt schon von den Schreien der Todesfurcht, für die es in keiner Sprache Worte gibt.

Die überlebten Reste der Lebendmasken, Masken, die im Zuge des Lebens schon wieder zu Gehörnahmen geworden waren, stießen ab, verjäten werden: Das Urgefühl erschien.

Alle drehten sich zurückwärts vor dem Biadukt, überwunden, krüppelnd, wild gezerrte und kämpfend und in Todesfurcht entfremdet, an die Rückwand des Wagens, um acht Meter weiter entfernt zu sein von dem Todessturze.

Auch der Offizier. Auch für ihn gab es angesichts des unabsehbaren Todes Mut nicht mehr. Seine Schläfen wurden kalt, siegten erneut über die Schadelbede.

Eine pulsante Welle mit verzerrter Kette und der Stenogrammblod des Strudels lagen nebeneinander im Gang. Des Universitätsprofessors theatrische Mütze lehnte gegen die Stirnwand.

Glaube, Gott, Jesus und die Mutter Gottes, deren Allmacht vom Geistlichen vierzig Jahre lang verküsst worden waren, gab es nicht mehr: Die Kirche stürzte in die ein.

Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für uns arme Sünder, jetzt end in der Finsternis unserer Absterbens, Amen, keiste Friede der allabende Bauer.

Die Gebärde war von der Hand herabgesunken, häumte sich am Herzen, keine Angabe. Ihre gelösten Schreie überwanden das Geräusch. Sie hatte keinen Mann mehr.

Die alte Mutter hatte der Arbeiter der, Hände um die Hände gespannt, gesammelt, sprangbereit in halber Anhöhe stand, bereit, das neben ihm das Leben um ein Leben retten.

Und als er noch einmal herauf- und herab in das Abteil zurückkehrte, tat er, aus derselben Gefühlseinheit heraus, die ihr verordnet hatte, das Fenster zu zerzerren, wieder das Biadukt.

Früher bin und jetzt zu: "Drück! Es drück doch! Drück mir!" Und riss die Hand gegen ihren Brustkorb gesammelt, mit der Worte das Kind aus sich.

Arbeiter an dem im Türrahmen halb liegenden Agitator, der beide Hände in die Hosentaschen preßte, erstarrt vor Entzücken über diesen freien Tod, vorfeste der Staatsanwalt, mit

Wucht hau- und hergeschleudert zwischen Fensterwand und Gegenwand, zu den Wagenpreßten.

Der Universitätsprofessor lag aus dem Bauche, Mund am Boden, gefloren vom Schreitwampf.

Auf ihn herunter zog ein langer, schaukelnder Speichelstrudel aus dem weit in die Wangen zurückgesetzten Mundwinkel des Chefredakteurs, dessen verengte Augen, wie alter Augen, der Zeitwetterung entgegengeschauten.

Wohinzuß wurde der Kurzwarentreiber, dessen Karussell sich gegenwartig in einem abgelegenen Bergdorf drehte. Rannte heraus aus dem vordersten Abteil, Raufgang durch, riß die Tür bei der Rückwand auf und sprang hindurch. Flug hinweg.

Alle Angestellten haben, wie der Körper des Karussellbesitzers sich beim Schlußrhythmus vom Arme trennte, weggeschleudert. Ein dazu, erst eine halbe Sekunde später, ließ die Hand den Karussell los, und der Arm lag in großer Wogen in dem frisch zerstörten Alter, sieht hinzu und stand senrecht, die getrockneten Finger gen Himmel gestreckt.

Die Tür, durch den Lärmdruck angehoben, fiel auf die Außenwand, blieb gehalten.

Grün dunkel, rosig, dunkel, himmelblau.

Ein Spiegel, der dieses bisher nie erlebte Tempo beim Nebenliegen des Betteltes außer acht gelassen hatte, rauschte durch den Türausschnitt herein, klatschte gegen die Rückwand und tot auf den Boden.

Die Körper drängten von dem gefährlich laugenden Türaußenseit weg, lärmten, lärmten, lärmten mit häufen und häufen um den sichersten Platz, wälzten im Kampf über einander, auf Knie und Hände.

Sie erhoben sich nicht mehr in Menschenstellung.

Auf der Bank die Mutter, erblassen, blutende Schogen, in den Händen das kleine Kind, daß die Lippen und die blutigen Fingerzeuge beweisen. In rasendem Tempo durch die Landschaft getragen. Küste neben dem Schuhlöffelchen, den verstreut unterliegenden Brillantringen und der Verkleidung der Arbeiter im Blut. Und die Erbisse schämte sich nicht. Denn im Angesicht des Todes und des Lebens kann der Mensch sich nicht.

Plötzlich erkannte der Agitator in dem in selber See keine Sichtbarkeit verdeckten Wiederkreis, der sich in wenigen Sekunden zu einem waagerechten liegenden, langsam sich bewegenden Spazierstock verarbeitete, einen Eisenbahngang: den mit Stahlholz beladenen Güterzug, der vor Abgang des Personenzuges aus der Türetthaltung abgelassen worden war.

Der Staatsanwalt, den ein rätselhaftes Gefühl verhindert hatte, saß an dem Kampf um den besten Platz zu beteiligen, blieb, als habe er während des Verfahrens in die Vergangenheit zurück und rück einen Halt in sich gefunden, in die Vergangenheit zurück und rück verklärten Geschlechter, den Jungling, den er sah, leibhaftig sah, an die Brust und hielt ihn seit an sich gepreßt, bis der Jungling ganz eingezogen war in den vierunddreißigjährigen und er ihn in sich trug als Polizist aus Lebenszeit.

Als gäbe es eine Seligkeit, die selbst von der Gewissheit des sicheren Todes nicht beschützt werden könnte, blieb die Erbundene den Arbeiter an.

Plötzlich hieß sie ein handelbares Menschenbild aus in Händen. Es wird fliegen. Wie vernommen, leise, wunderbare Musik entwirkt: Der Tod — ein kleines Menschenlein in langem Gewande — tritt ein, schnell und lautlos in die Zimmerwinkel. Der Tod? "Dann sieh, wie auf der Bühne, der Vorhang. Die Erbundene war bewußtlos geworden.

Das Gehör des Agitators erweckte wieder: Wenn der Zug schneller fährt, wenn es fliegen würde! ... Wenn der Lokomotivführer nicht Vollständig gibt, gerissen wir! Und er brachte durch das offene Fenster in der Scheinwand.

Plötzlich endete jedes Gespräch. Das Feuer, das heiße laufende Welle endete. Der Wagen schwankte, rauschte durch die Luft, lautlos. Schenkeille. In die hinein die Gedächtniszettel klopften, ohne blutigen Brei aus Holz, Blättern, Eisen, Knochen, Fleisch.

Der Wagen haulte noch einmal wieder auf die Schienen zurück.

Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für uns arme Sünder, ich und in den Stunden unseres Unbehagens, Amen.

Und der Agitator brüllte wieder durch das offene Fenster: Die Brücke wird gegen die Rückwand, wurden zurückgeschlagen in den Wagen.

Der Lokomotivführer hörte nicht. Alle Brenzen des Holzregens knirschen. Die Ladefahrtzeit im Munde, die nachts Unterarme gewöhnt auf die eiserne Seitenwand geschnürt, betrachtete er die vorüberziehende Landschaft.

Das Gleis laufte plötzlich in den Wagen hinein. Zu beiden Seiten befanden sich vor der Tageszeit, Telegraphen, Bäume, Schuppen, schief stehend, überwunden nach rückwärts. Selbst die zerstörten Gebäudeketten bewegen sich. Sichtbar drehte das Gleis sich langsam um das einzige Geschoss herum.

Es als der Lokomotivführer sich anrichtete, sah er den heranrasenden schreitenden Wagen. Noch habblometerweit entfernt.

Da gab es nichts zu überlegen: die Rehelinie war nur einlaufig. Freiheit aus. Vollständig.

Dennoch verringerte sich in den nächsten Sekunden die Entfernung zwischen Gleis und Zug rapid: aber die Gefahr war hell und der Holzzug um eine Großzahl schwerer als der Wagen.

So war noch nie ein Zug zu Tod geslogen.

Noch einer unermeßlich langen halben Minute lagen, ein paar Wagenlängen voneinander entfernt, beide Gleissäfte im gleichen Tempo.

Überhaupt schlichen die Bremsen an die Räder des liegenden Zuges heran, unmerkbar vorsichtig, wie die Hand des Tagesdienstes. Dauerle lange, ehe das Rennen begann. Ganz allmählich quietschend, endlich alle Zügerfüße überredend, schreitend das ganze Tal erfüllendes Knirschen: Der Zug hielt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Kapp-Putsch-Roman.

Zehn Jahre sind jetzt seit dem Kapp-Putsch vergangen, und dieser zeitliche Abstand gibt uns die Möglichkeit, die Ereignisse von damals leidenschaftlicher, sachlicher und im Zusammenspiel mit den späteren politischen Ereignissen zu untersuchen. Diesen Abstand braucht besonders der Schriftsteller. Es gibt nur wenige Bücher, denen es zu bekommen ist, unmittelbar einem Ereignis folgend geschrieben, sonst ist es kein Juwel, sondern es will eine Episode aus diesem Roman gestalten. Der Untertitel sagt hinzu: Reportageroman, also eine Verbindung von Reportage und Roman, von Berichterstattung und Dichtung. Diese Verbindung ist dem Autor gelungen. Man merkt es diesem Buch an, daß neun Zehntel der Ereignisse des Buches wörtlich erlebt sind. Und wenn es auch nur eine Episode ist, die Knapsack herausgreift, dann ist diese Episode doch so markanter, daß der Verlauf des Kapp-Pusches, daß man aus diesen Kapiteln das ganze verhängnisvolle Ereignis periodisch bekommen kann.

Der Roman "Ca ira!" von Erich Kästner, der jetzt bei der Büchergilde Gutenberg Berlin in der Dreimarkserie dieser Gemeinschaft der rechtsradikalen Buchseiter erschienen ist, wird im Untertitel "Ein Reportageroman aus dem Kapp-Putsch" genannt. Der Verfasser will also nicht den Kapp-Putsch in seiner Gesamtheit im Roman erfassen, sondern er will eine Episode aus diesem Putsch zum Roman gestalten. Der Untertitel sagt hinzu: Reportageroman, also eine Verbindung von Reportage und Roman, von Berichterstattung und Dichtung. Diese Verbindung ist dem Autor gelungen. Man merkt es diesem Buch an, daß neun Zehntel der Ereignisse des Buches wörtlich erlebt sind. Und wenn es auch nur eine Episode ist, die Knapsack herausgreift, dann ist diese Episode doch so markant, daß der Verlauf des Kapp-Pusches, daß man aus diesen Kapiteln das ganze verhängnisvolle Ereignis periodisch bekommen kann.

Wir erleben in diesem Buch wieder, wie die Reaktion die Bajonetten aufmarschierten läßt, wie die Arbeiterregierungen fürzen, wie die Maschinengewehre ihre tödliche Litanei herunterrufen, wie die Arbeiter aufstehen und die Republik und die Revolution mit ihren Leibern beden. Aber dann zeigt es sich wieder, daß die Arbeiter ihren Sieg nicht zu nutzen wissen. Sie liefern allzuviel die erbeuteten Waffen wieder ab und sind von diesem Augenblick an sofort die besiegt. Die mit Milde und Menschlichkeit behandelte Reaktion triumphiert nach wenigen Wochen wieder über das Proletariat und schlägt mit brutaler Härte dort zu, wo die Arbeiter den bewaffneten Widerstand nicht ausgetragen wollen.

An diese Ereignisse erinnert das Buch. Die Dinge von damals stehen da, und es ist, als ob die zehn Jahre vorliegenden Geschichtsstoffe von gestern und heute wären. Es kommt in das Buch geschrieben. Es hat Kapitel voll Unterhaltung, voll Leidenschaft und voll von dem Elan, der Euphorie, der Leidenschaft über die Trostlosigkeit der Putschisten. Es wird man, wie die sturmhaften und blutigen Ereignisse den Verfasser überraschen haben und ihm die Kraft geben, er die lange Brücke einer zehnjährigen Erinnerung hinwegzuschwimmen mit auf das Ziel zu. Und dieses Ziel ist, im Leben, eine leidenschaftliche Melodie der Arbeiterklasse zu erwecken und den Nationalismus des Rechtsstaates der Germanen, dieser Schreiber der Partei, und dieses Ziel ist: "Ca ira!"

Es wird gehen! Erinnere dich! Der Sieg wird unser sein. Mitteldeutschland ist der Schauplatz dieses Romances. Die Putschisten eindringen, im Landumkreisen der Völker der Lage geworden zu sein, als plötzlich die Arbeiter aufstehen und in einer fast unbegreiflichen Weise Kompanie auf Kompanie nieder, kämpfen und entwaffnen. Einsatzrunden wurden gestellt und gesamengenommen, aber die Zahl der Opfer ist groß, und schier unendlich ist der Trauerzug, der die Toten des Proletariats zur Stätte der letzten Ruhe trägt. Ein junger Arbeiter, der im Mittelpunkt des Romans steht, hat alle diese Kampfe mitgemacht. Als seine Klassengenossen ihre Waffen abnehmen und den Rücken wieder unter die alte Burde bringen, schlägt er sich einer Gruppe aufständischer Aufrührer an und gerät so mitten hinein in das Durchmord von Verschwörung und Komplott. Aufkopf, williges gefangen, wieder befreit und lebt schließlich wieder in die Reihen seiner Klassengenossen zurück. Die Perioden dieses Romangeschehens lassen sich deutlich gliedern in Märzauftakt, Aprilauftakt und Mai. So schließt dieses Buch, das manche

herbe Kritik, auch Selbstkritik, enthält, mit einem ausfrüttelnden Gespött und mit einer großen Verbelebung.

Ein solches Buch tut uns gut. "Ca ira!" ist tatsächlich mehr als das Buch um ein Ereignis, das zehn Jahre zurückliegt. Sein revolutionäres Temperament und sein Vertrauen auf die Kraft der arbeitenden Klasse sind wie in allen guten Zeiten geschrieben. Zahlreiche Illustrationen nach aktuellen Photographien erhöhen den Wert des Buches, das eine große Beachtung verdient.

Würde gratis!

Sagen man sich vorstellen, daß es jemand in Deutschland gibt, der Bücher verdient, ja braucht, und der dennoch jährlich 200 000 RM dabei verdiene? Jeder wird sich sagen: "Das ist natürlich großer Schwund, nur den nur die hereinfallen, die nicht alle werden." Bei 200 000 RM Verdienst verdient "Gratis"-abgabe der Bücher müssen aber sehr, sehr viele hereinfallen lassen. Diese Tatsache beweist jedoch, daß noch große Massen der Bevölkerung nach billigen Büchern hungern, daß ein dringendes Bedürfnis damit vorhanden ist.

Der Fall lag so: In Auktionen wurden ganze Buchreihen, z. B. A. Schillers "Werke" gratis angeboten; auf Anfrage wurde eine Bezugskarte überwandt, auf der für die gebundene Prachtausgabe geworden wurde: man braucht nur die Einbanddecke zu bezahlen, deren Preis war aber so hoch, daß es 200 000 RM Verdienst jährlich dabei gemacht werden konnten. Der reguläre Buchhandel wehrte sich gegen diesen unfaulen Wettbewerb, setzte aber durch Urteil vom 20. Juli 1928 mit der Klage ab. Der Kampf ruht indessen nicht und ist nunmehr durch Reichsgerichtsurteil vom 10. Januar 1930 gegen die befllogte Firma entschieden, indem ihr untersagt wurde, An